Schmidt in China: Kampf gegen die Supermächte -oder "Politik des Gleichgewichts"? Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 46 vom 15. November 1975 9. Jahrgang 50 Pfennig

Haushaltsdebatte im Bundestag

Weitere Massnahmen zur Ausplünderung der Werktätigen

Letzte Woche hat der Bundestag den Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 1976 beraten und das „Artikelgesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur" in 2. Lesung verabschiedet. Dieses Gesetz ist ein unerhörter Angriff auf die Lebenslage der Arbeiterklasse. Fast 8 Mrd. DM will der Staat mit den 44 Gesetzesänderungen aus den Arbeitern und Werktätigen herausholen.

Mit solchen Raubzügen will der Staatsapparat den riesigen Schuldenberg des Staates, der bereits auf 163 Mrd. DM angewachsen ist, auf die Arbeiterklasse abwälzen, während gleichzeitig z. B. ca. 45 Mrd. DM benutzt werden, um den Staatsapparat auszubauen, die Instrumente, die die Macht der Kapitalistenklasse sichern, wie die Polizei, Verfassungsschutz, Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr, aufzurüsten.

Die Mehrwertsteuer wird von 11% auf 13% erhöht werden, Steuern für Tabak und Alkohol, die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung, werden heraufgesetzt. Die Mittel zur Arbeitsförderung, für die Bildung unserer Kinder usw. werden gekürzt. Angesichts dieser Tatsachen und der ständig steigenden Arbeitslosigkeit – allein im letzten Monat sind 55 600 neue Arbeitslose gemeldet worden –, besitzt Finanzminister Apel, der von unserem Geld lebt, die Unverschämtheit zu behaupten, diese Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiter seien keine unsoziale Belastung.

Doch allein die Erhöhung der Mehrwertsteuer kostet die Arbeiter und die anderen Werktätigen Unsummen. Dazu kommen die ständig steigenden Preise, die Geldentwertung genauso wie die Erhöhung der Beiträge für die Sozialversicherungen und die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. Während der Höchstbetrag für die Sozialversicherungen bisher bei 780 DM lag, steigt er jetzt auf 918 DM an. Der Beitragssatz der Rentenversicherung steigt um ca. 54 DM, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge steigen um ca. 37 DM, die Krankenversicherung steigt um ca. 56 DM monatlich. Insgesamt haben sich die Sozialversicherungsbeiträge in der Zeit von 1970 bis 1976 mehr als verdoppelt. Die Krankenversicherung ist in dem gleichen Zeitraum sogar um 172% gestiegen.

Diese Ausplünderung durch den Staat im Interesse der Monopole schafft die Krise nicht ab, wie die Regierung demagogisch behauptet, indem sie gemeinsame Opfer fordert, sondern wird die Widersprüche noch mehr verschärfen. Der Kapitalismus gerät dabei immer tiefer in die Krise, das sieht man z. B. an der Staatsverschuldung. Betrug der Staatshaushalt 1973 noch 121 Mrd. DM, wobei die Schulden 2,7 Mrd. davon betrugen, so waren es 1974 9,5 Mrd. DM Schulden von 133 Mrd., und 1975 sogar 37,9 Mrd. DM Schulden von 161,5 Mrd. DM Staatsausgaben. Kommen diese Schulden etwa von einer Verbesserung des Gesundheitswesens, oder von einer Verbesserung des Bildungswesens usw.? Nein, diese Verschuldung kommt von den Milliarden, die als sogenannte Konjunkturspritzen in die Monopole fließen, von den Staatsaufträgen, von steigenden Ausgaben für den Ausbau des Staatsapparates und seiner Organe, um die Arbeiterklasse noch mehr unterdrücken zu können.

Jedesmal, wenn im Bundestag die sogenannten Stabilitätsdebatten geführt werden, liegen sich Regierung und Opposition scheinbar schwer in den Haaren, einer gibt dem anderen die Schuld an der Misere und spielt sich als Volksvertreter auf. So wie es Strauß gemacht hat, indem er die Regierung aufforderte, „Schluß zu machen mit dem Unfug, den arbeitenden Menschen durch Steuern und Zwangsabgaben einen immer größeren Teil der privaten Einkommen abzunehmen". Doch dieses parlamentarische Schauspiel ist ein einziger Betrug. 40 von 44 Gesetzesänderungen hat die Opposition ebenfalls zugestimmt. Im Grunde sind sich Opposition und Regierung immer einig darüber, daß die Arbeiter und Werktätigen die Zeche zahlen müssen.

Aber diese neuen Ausplünderungsmaßnahmen werden den Haß der Kollegen auf diesen Staat steigern. Mehr Kollegen erkennen, daß der Staatsapparat ein Instrument der Monopolbourgeoisie ist, daß der Staat niemals der Staat aller ist, den man reformieren und verbessern könnte, wie die D„K"P uns das ständig vorschwatzt. Diese Ausplünderung, diese Unterdrückung kann nur beendet werden, wenn das kapitalistische System mitsamt seinem Staatsapparat unter der Führung der Partei in der proletarischen Revolution gestürzt wird.



Polizei und DGB-Ordner – Hand in Hand gegen Revolutionäre

Kommunique

Anfang November trafen Delegationen des Zentralkomitees der KPD/ML und des Zentralkomitees der KPD zusammen, um über die Einheit der Marxisten-Leninisten in der e i n e n bolschewistischen Partei des Proletariats Gespräche zu führen. Sie tauschten Dokumente über die Fragen der Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung und über grundlegende Fragen der proletarischen Revolution in Deutschland aus.

Anhand dieser Dokumente wurde die Diskussion eröffnet.

Das Gespräch fand in einer Atmosphäre der Freundschaft und Solidarität statt und war von dem festen Willen beider Seiten bestimmt, die Einheit der Marxisten-Leninisten mit aller Kraft anzustreben. Es wurde vereinbart, diese Gespräche weiterzuführen, die ideologische Diskussion um die zentralen Fragen öffentlich und auf allen Ebenen zu intensivieren und verstärkt Aktionseinheiten anzustreben.

DGB-Demonstration in Dortmund

Mitbestimmungsparolen unter Polizeischutz

Demagogische Parolen, massive Propaganda für den Mitbestimmungsbetrug, der Versuch, die Arbeiter und Angestellten und vor allem die Jugendlichen auf die Erhaltung des kapitalistischen Systems einzuschwören – das war die eine Seite der Demonstration des DGB am 8. November in Dortmund Die andere: ein Großaufgebot von 3000 Ordnern, von Spitzeln, von Polizisten, von Absperrungen, von Kontrollen und nochmals Kontrollen. Zwei Seiten einer Medaille, zwei Seiten einer Demonstration, die die Aufgabe hatte, die Arbeiterklasse vor den Karren der kapitalistischen Interessen zu spannen, die gegen den revolutionären Klassenkampf, gegen die sozialistische Revolution gerichtet war.

Diese Stoßrichtung kam auch darin zu Ausdruck, daß der DGB-Bundesvorstand in seinem Aufruf zur Demonstration die politische Gefahr herausstrich, die der Gesellschaft drohe, wenn die Mitbestimmung nicht schnell verwirklicht würde. Was der DGB mit dieser „politischen Gefahr" meint, sagte dann die stellvertretende Bundesvorsitzende des DGB, Maria Weber, in ihrer Rede in Dortmund recht deutlich, als sie vor dem „sozialen Zündstoff" warnte, der durch die Jugendarbeitslosigkeit aufgehäuft würde.

Wenn die Jugendlichen und die gesamte Arbeiterklasse nicht mehr bereit sind, die wachsenden Angriffe auf ihre Lebenslage kampflos hinzunehmen, wenn die Bereitschaft zum revolutionären Klassenkampf wächst, wenn die Bereitschaft wächst, sich mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen, um einen Ausweg aus Krise und Not zu finden – das ist der „soziale Zündstoff", den die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger fürchten.

30 000 Menschen haben sich an der Demonstration beteiligt. Die meisten von ihnen sicher ehrliche Kollegen, die sich von der Demagogie des DGB-Apparates und der D„K"P-Revisionisten täuschen ließen.

Andererseits hat es der DGB-Apparat versucht, die Teilnehmerzahl der Demonstration möglichst klein zu halten und sein Hauptaugenmerk darauf gelegt, die Mitglieder des Apparates selbst zu mobilisieren.

Fortsetzung auf Seite 2

Gericht: Abgeordnete sollen Steuern zahlen

Prompt sollen die Diäten erhöht werden

Über 26 Jahre lang, seit Bestehen der Bundesrepublik, haben die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage die Steuern hinterzogen. Das hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil aus der letzten Woche eindeutig festgestellt. Nur ihrem „Gewissen" verantwortlich, werden sich diese Leute jetzt ohne Scham ihre Diäten so erhöhen, daß sie auch nach Abzug der Steuern noch mindestens genauso viel in der Tasche haben wie vorher.

Und das ist allerdings nicht wenig. In nur zehn Jahren verdoppelten sie sich selbst ihr Gehalt, von 3 900 DM auf inzwischen 7 900 DM netto. Es ist ganz bezeichnend, daß z. B. der Bundestag nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts überhaupt keine Eile hat, die Abgeordneten zur Kasse zu bitten. Diese „Materie", so heißt es, ist „so kompliziert", daß erst mal die nächste Bundestagswahl „abgewartet werden muß". Und auch dann werden die Abgeordneten nicht etwa Steuern für die gesamten 7 900 DM bezahlen müssen, sondern nur etwa für die Hälfte, ihr „Grundgehalt". Der ganze Rest von Tagegeldern, Bürokostenzuschüssen, Reisekostenpauschalen usw. usf. fließt nach wie vor frei von allen Abgaben in die Taschen der Parlamentarier.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Einkommensgrenze 5 000 DM – ein Märchen . . . 2
Grußadresse . . . 2
D„K"P in der Stahltarifrunde . . . 3
Arbeiter kämpfen gegen Weihnachtsgeldkürzungen . . . 3
Demonstration für Saschas Einbürgerung in München . . . 4
Drohendes Berufsverbot gegen Marianne Schmidt . . . 4
7 Monate Gefängnis gegen Martin Peleikis . . . 5
Mordanschlag der Polizei in Köln . . . 5
Indien provoziert Grenzkonflikt mit China . . . 6
SU: Einmischung in Angola . . . 6
Tansansia / Tansam-Eisenbahn vorfristig fertiggestellt . . . 7
Interview mit chinesischen Entwicklungshelfern . . . 7
Freiheit für die Sahara . . . 7
Mieterkampf in Karlsruhe . . . 8
Neue Verhaftungen in Spanien . . . 8

Mitbestimmungsparolen unter Polizeischutz

Fortsetzung von Seite 1

Gegen wen diese Mobilisierung erfolgte, zeigt in aller Deutlichkeit ein Brief des Betriebsrates Hans Weber von Bayer-Leverkusen an die gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Darin heißt es: **„Wie wir aus einem auch bei uns am 30. Oktober verteilten Flugblatt ersehen, versuchen Kreise, die der KPD nahestehen, diese Kundgebung zu beeinflussen. Der DGB hat ähnliche Feststellungen gemacht. Ich möchte Euch deshalb dringend bitten, an dieser Kundgebung teilzunehmen, um zu verhindern, daß Feinde des DGB am Samstag die Szene beherrschen."**

Auf der anderen Seite benutzten die modernen Revisionisten der D„K"P diese Gelegenheit, um sich als die konsequentesten Gewerkschafter herauszuputzen. Sie waren es vor allen Dingen, die überall dazu aufriefen, sich an der Demonstration zu beteiligen. Sie stellten dann auch einen relativ großen Teil der Demonstrationsteilnehmer.

Die Blocks, in denen sich die modernen Revisionisten konzentrierten, waren die eifrigsten, wenn es galt, Parolen für die Mitbestimmung zu rufen. In diesen Blocks war die Hetze gegen den revolutionären Klassenkampf, den Marxismus-Leninismus und zum sozialfaschistischen Terror am größten. Die Parole: **„Nieder mit Mao, nieder mit Strauß – Neonazis raus aus Dortmund!"** zeigt, daß sie sich dabei nicht scheuten, mit allen Mitteln zu arbeiten.

Die modernen Revisionisten stellten auch die Kerntruppe der über 3000 Ordner, die die Aufgabe hatten, vor allem gegen die revolutionäre Agitation und Propaganda vorzugehen und zu verhindern, daß es Revolutionären und Marxisten-Leninisten gelingt, in die Westfalenhalle zu kommen.

Die Eingänge zur Westfalenhalle waren hermetisch mit spanischen Reitern abgeriegelt, hinter denen Polizisten zu Pferde patroullierten. Der DGB hatte Plaketten ausgegeben, ohne die niemand in die Halle hereinkam. An den Eingängen der Halle selbst, gab es nur einen schmalen, von Ordnern gesäumten Gang, Taschen wurden kontrolliert, die Ordner forschten nach ihnen bekannten Revolutionären. Danach folgten weitere Kontrollen. Um jede revolutionäre Agitation und Propaganda in der Halle selbst zu verhindern, mußten an einer Fußgängerbrücke, dem einzigen schmalen Zugang zur Halle, alle Megaphone und Transparente abgegeben werden.

Alle diese Maßnahmen riefen bei vielen, vor allen bei den Jugendlichen grossen Unmut hervor. Viele Jugendliche glaubten allerdings auch, daß sich das Polizeiaufgebot gegen sie selbst richtet, gegen die Demonstration selbst. Man kann sicher sein, daß dieser Irrtum durch eine entsprechende Propaganda der Bonzen noch verstärkt wurde. In Wirklichkeit war dieses ganze Aufgebot nur dazu da, den ungestörten Ablauf der Mitbestimmungspropaganda zu garantieren.

Unsere Partei hat nicht zur Beteiligung an der Demonstration aufgerufen, weder „unter roten Fahnen", wie es die GRF (KPE) getan hat, noch in einem oppositionellen Block, weil wir dem DGB-Apparat und den modernen Revisionisten nicht als „revolutionäres Feigenblatt" dienen wollten.

Die GRF (KPD) wollte, neben ihrer Agitation und Propaganda, nicht auf einen eigenen Block in der Demonstration verzichten. Es gelang ihr auch, diesen Block zu formieren und fast bis zum Ende der Demonstration mitzumarschieren. Dann aber kurz vor der Fußgängerbrücke über die Bundesstraße 1, dem unmittelbaren Zugang zum Vorplatz der Westfalenhalle, starteten die Ordner des DGB und der modernen Revisionisten einen sozialfaschistischen Überfall auf den Block der GRF (KPD). Sie prügelten auf die Genossen ein, versuchten ihnen die Transparente zu entreißen und sie am weiteren Vorwärtsgehen zu hindern. Daneben hielt sich berittene Polizei bereit, um einzugreifen. DGB-Ordner, D„K"P-Revisionisten und Polizei Hand in Hand gegen Revolutionäre - das hat bei vielen Jugendlichen Empörung hervorgerufen.

Die Genossen der Partei hatten schon morgens am Sammelplatz der Demonstration eine Kundgebung durchgeführt. Die Ordner des DGB und die Polizei konnten nicht verhindern, daß ein grosses Transparent von einer Brücker herab entrollt wurde, daß über Lautsprecherwagen eine Rede gehalten wurde und Parolen gerufen wurden. Ähnliche Kundgebungen wurden auch auf dem Platz vor der Westfalenhalle durchgeführt. Immer wieder sammelten sich die Genossen um die Parteifahne, riefen Parolen, hielten Reden und verteilten Flugblätter. Auf dem Gelände der Westfalenhalle war auch ein Informationsstand der Partei aufgebaut, der auf starkes Interesse stieß. Die Genossen, denen es gelungen war, in die Halle einzudringen, riefen dort Parolen.

Während der Aktionen der Partei wurden unter anderem tausende von Extrablättern des ROTEN MORGEN verteilt, in denen gegen Mitbestimmungsbetrug und Klassenversöhnung der revolutionäre Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger, der Aufbau der revolutionären Gewerkschaftsopposition und die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution propagiert wurden.

Grussadresse der KPD/ML zum 34. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens

An das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens

An den 1. Sekretär des Zentralkomitees der PAA, Genossen Enver Hoxha

Zum 34. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens sendet das Zentralkomitee der KPD/ML der Partei der Arbeit herzliche Glückwünsche und Kampfesgrüße. Unter der Führung des Genossen Enver Hoxha hat die Partei der Arbeit Albaniens das albanische Volk zum Sieg über die faschistischen Besatzertruppen und alle albanischen Reaktionäre geführt, unter ihrer Führung schreitet das albanische Volk siegreich beim Aufbau des Sozialismus voran. Darüber hinaus ist die Partei der Arbeit Albaniens zu einem leuchtenden Vorbild für alle marxistisch-leninistischen Parteien geworden, weil sie unnachgiebig den Marxismus-Leninismus gegen den Verrat des modernen Revisionismus verteidigt hat. Unsere Partei dankt der Partei der Arbeit Albaniens für die große internationalistische Unterstützung, die sie dem Kampf unseres Volkes und unserer Partei gewährt.

Mit kommunistischem Gruß

ZK der KPD/ML, Ernst Aust (Vorsitzender)

Juso-Vorschlag

Einkommensgrenze 5000 DM - ein Märchen

Ein wahres Wolfsgeheul der eigenen „Genossen" war die Antwort auf den Vorschlag der Jusos, durch entsprechend hohe Steuern das Einkommen auf höchstens 5 000 DM zu begrenzen. Für alle – von der CDU über Brandt bis hin zu Vetter – hörte hier der Spaß auf. Wohlgemerkt, keiner dieser Herren nimmt diesen Vorschlag tatsächlich ernst. Es ist der bloße Gedanke, der ihnen einen Schauer über den Rücken jagt.

So hat jedes Ding eben zwei Seiten. Hätte einer der 200 000, die inzwischen aufgrund ihrer langen Arbeitslosigkeit nur noch von der Fürsorge leben, die Aussicht auf ein monatliches Einkommen von 5 000 DM, er würde an die Decke springen vor Freude. Die „oberen Zehntausend" dagegen sehen schon bei dem bloßen Gedanken an „nur 5 000 DM" im Monat das Land im Chaos versinken. „Bild" beschwor Schreckensvisionen und prophezeite, daß angesichts solcher Zustände alles, was Rang und Namen habe, Deutschland Hals über Kopf verlassen würde.

Sturm im Wasserglas? Sicher. Aber die Tatsache, daß Vetter und andere Gewerkschaftsführer im Chor der 5 000 DM-Einkommensgrenzen-Gegner mitheulen, zeigt immerhin, auf welcher Seite sie stehen: Nicht auf der Seite ihrer „Kollegen in den Betrieben", sondern auf der Seite ihrer „Kollegen in den Aufsichtsräten".

Wenn aber alle, die Geld und Macht haben, dagegen sind, müssen dann nicht die Arbeiter dafür sein?

Es gibt wohl kaum einen Arbeiter, der nicht dagegen ist, daß die einen, eine Handvoll Kapitalisten, im Geld umkommen, während die Arbeiterfamilien jeden Pfennig dreimal umdrehen müssen. Natürlich hat Demokratie auch etwas damit zu tun, daß nicht die einen alles und die anderen nichts haben dürfen. Wir Kommunisten sind die letzten, die da dagegen sind.

Im sozialistischen Albanien zum Beispiel, da beträgt der niedrigste Lohn 450 Lek und das höchste Einkommen 900 Lek. Das ist ein Unterschied von 100%. Nach dem Vorschlag der Jusos würde der Unterschied zwischen der Höchstgrenze von 5 000 DM und dem Durchschnittslohn eines Arbeiters immerhin noch 500-600% betragen.

Und trotzdem ist der Vorschlag der Jusos ein Märchen, eine Utopie, während der geringe Lohnunterschied in Albanien Realität ist. Warum?

In Albanien hat die Arbeiterklasse unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens in der sozialistischen Revolution die politische Macht der Ausbeuterklasse gestürzt, das Privateigentum an den Produktionsmitteln und damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abgeschafft. Nur auf dieser Grundlage, wenn die private Aneignung der Arbeit der Mehrheit durch eine kleine Minderheit abgeschafft ist, kann auch ein gutes Auskommen für jeden, der arbeitet, und ein geringer Unterschied im Einkommen verwirklicht werden.

Der Vorschlag der Jusos dagegen ist eine Utopie, weil sie ihn im Kapitalismus verwirklichen wollen und zwar mit Hilfe des kapitalistischen Staates, der den Kapitalisten und den anderen Angehörigen der Oberschicht mit einer Besteuerung bis zu 80% zu Leibe rücken soll. Wie sagte doch Brandt, langjähriger Bundeskanzler? Der Vorschlag der Jusos läge für ihn auf der gleichen Ebene, als wolle jemand ernsthaft vorschlagen, den Mond zu kolonialisieren.

Man braucht sich nur vorzustellen, daß ein solches Gesetz ja schließlich vom Bundestag verabschiedet werden soll. Von dem Bundestag, der seinen Mitgliedern jeden Monat 7 900 DM offizielle Diäten zuschustert, der innerhalb von 10 Jahren die Diäten verdoppelt hat. Und diese Herren sollen sich jetzt plötzlich ins eigene Fleisch schneiden?

Und dieses In-die-eigene-Tasche-Wirtschaften der Abgeordneten im Bundestag ist noch die geringste Klippe. Die tatsächliche, die unüberwindliche Klippe für den Vorschlag der Jusos ist die Tatsache, daß die Kapitalisten sich ihren Staat gerade dazu geschaffen haben, um die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk ausbeuten, ausplündern und unterdrücken zu können. So gesehen, strotzt der Vorschlag, den Mond zu kolonialisieren, geradezu vor Realitätssinn im Vergleich zu dem Vorschlag, der kapitalistische Staat solle den Kapitalisten ihren Reichtum nehmen, um ihn an die Werktätigen zu verteilen.

Gericht: Abgeordnete sollen Steuern zahlen

Fortsetzung von Seite 1

Das Bundesverfassungsgericht hat aber noch eine zweite Entscheidung getroffen. Es stellte fest, daß die Beamten in den Parlamenten (immerhin ca. 40%) kein Anrecht auf doppelte Bezahlung haben, kein Anrecht auf ihr Ruhestandsgehalt als Beamter und ihre Diäten als Abgeordneter. Sie werden in Zukunft auf ihre Ruhestandsbezüge verzichten müssen. Das Gericht hat damit, so konnte man es z. B. im Radio hören und im „Vorwärts" lesen, „mehr Gerechtigkeit" geschaffen. Allerdings wird uns diese Art von Gerechtigkeit teuer zu stehen kommen, denn aus unseren Taschen, aus den Taschen der Werktätigen, fließt das Geld in die Taschen der Abgeordneten. Gleiches Recht für alle? Ja, gleiches Recht für alle, sich auf unsere Kosten zu bereichern, die einträglichen Pründe eines Sitzes im Parlament noch einträglicher zu machen, ein schönes Leben zu führen, in der es nichts Schmerzhafteres geben kann, als den Verlust der Pfründe, des Abgeordnetensitzes. Die Bundestagspräsidentin Renger hat die Marschroute angegeben: Um die „Unabhängigkeit" der Abgeordneten zu „wahren" – Erhöhung der Diäten für alle um mindestens 50%.

„Unabhängigkeit", „Gewissen" usw. usw. – schöne Worte, mit denen im bürgerlichen Parlament die „Arbeiter betrogen" werden, wie Lenin in seinem Werk „Staat und Revolution" schrieb. In Wirklichkeit sind hier „Finanzdiebstähle, wie allerhand andere Arten von Bestechung" an der Tagesordnung. Beispiele dafür gibt es auch hier genug. „Beraterverträge", wie sie Wienand, Barzel und eine Reihe anderer Abgeordneter erhielten, damit sie die Machenschaften „ihrer" Kapitalisten decken und ihnen Vorteile verschaffen. Fälle wie die des CSU-Geschäftsführers Leo Wagner, der sich auf dunkle Weise Millionen verschaffte, oder der des Ministers Eisenmann aus Schleswig-Holstein, dessen Versicherungsgeschäft mit Staatsaufträgen versorgt wurde, oder auch nur des Abgeordneten, der für die 18 Tage, die er im Parlament verbrachte, eine Pension im Wert von 100 000 DM erhielt, sie alle zeigen, daß Lenin tausendmal Recht hatte, als er vom „Saustall" des bürgerlichen Parlamentarismus schrieb, der durch die Revolution auseinandergejagt werden muß.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Reaktion der Abgeordneten darauf ist ein schlagendes Beispiel für die Richtigkeit dieser Anschauung.

Außer Spesen nichts gewesen

Daß nicht nur die „Abgeordnetenbranche" sich die Taschen selbst mit hohen Einkünften vollstopfen, sondern daß sie darüberhinaus ein ganzes Umfeld noch mitversorgen, zeigt der Etatentwurf der Bundesregierung für 1976. Da werden Millionen unter sogenannte Berater und Experten gestreut, die als Ausschüsse für die Regierung arbeiten.

So sind z. B. für einen gewissen „Dampfkesselausschuß", in dem sage und schreibe 37 Experten sitzen, 50 000 DM vorgesehen. Für ganze sechs Sitzungen erhält ein Ausschuß der Bundesregierung für Rechtschreibung nicht weniger als 37 000 DM. Dagegen nimmt sich ein anderer Ausschuß geradezu bescheiden aus, der für 9 000 DM als „Ausschuß für Geräuschminderung auf Schiffen der Bundeswehr" firmiert. So werden im Regierungsjahr 1975 10 Millionen DM für „Experten und Berater" ausgegeben.

Welche Rekorde das Parasitentum erreichen kann, dafür steht natürlich die USA Beispiel: Vor kurzem erinnerte man sich dort an einen „Experten", der bereits seit einigen Jahren für tausende Dollar im Auftrag der Regierung „erforschte", wie groß der durchschnittliche Braunanteil bei den weiß-braun-gescheckten Kühen ist.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

Am 22. 10. fand in der Fachhochschule für Erzieher in Westberlin eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf der spanischen Völker statt. Diese Veranstaltung wurde getragen von der Spanien-Arbeitsgruppe der Fachhochschulen, die sich kurz zuvor auf Initiative zweier Genossen der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft gegründet hatte. (Diese Genossen haben nach der Ermordung der spanischen Genossen an zwei Fachhochschulen 170 APEP-Broschüren verkauft). Die Hälfte der Teilnehmer auf der Veranstaltung waren dann unorganisierte Studenten. Der KSB/ML unterstützte diese Veranstaltung und verlas dort eine Grußadresse.

FRANKFURT

Gemeinsam mit dem KSV hat der KSB/ML in Frankfurt ein Flugblatt gegen das drohende Berufsverbot von Prof. Schneider herausgegeben. Prof. Schneider, Sympathisant der GRF (KPD), ist seit dem 25. 8. vom Dienst suspendiert. Er war in Duisburg zu 900 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er den Tod des Genossen Günter als kaltblütigen Polizeimord bezeichnet hatte. Am 13. 10. führte Prof. Schneider im Rahmen einer Protestveranstaltung eine Vorlesung durch. Auf dieser Veranstaltung wurde auch eine Solidaritätsadresse des KSB/ML verlesen.

KREFELD

Seit knapp 5 Monaten arbeitet die ROTE GARDE in Krefeld. Am 31. Oktober fand nun unsere offizielle Gründungsveranstaltung statt. Zur Vorbereitung verteilten wir ca. 2000 Flugblätter und klebten ca. 150 Plakate.

Zur Veranstaltung erschienen ungefähr 70 Freunde und Genossen. In unserer Rede gingen wir auf die Frage der wachsenden Kriegsgefahr und auf die Lage und die Aufgaben der westdeutschen Jugend ein.

Rotfront! RG Krefeld

DORTMUND

In Dortmund sollen die Fahrpreise für Bus und Straßenbahn zum 1. Januar 1976 um bis zu 175% erhöht werden. Dieser geplante Raubzug des Stadtrates, des Eigentümers des Nahverkehrsunternehmens, stößt bei der Bevölkerung auf große Empörung. Viele sagen, daß man es eigentlich wieder so machen muß, wie 1971 als zehntausende von Dortmundern die Schienen blockierten, um gegen Fahrpreiserhöhungen zu kämpfen. Am 31. Oktober hatte schon eine Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen stattgefunden, an der sich auch die Partei und die ROTE GARDE beteiligten.

Am 11. November findet nun die Sitzung des Stadtrates statt, in der endgültig über die Fahrpreiserhöhungen beschlossen werden soll. Vor allem der KBW, der den Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen beständig auf ein reformistisches Gleis schieben will, und die modernen Revisionisten der D„K"P in Schutz zu nehmen versucht, mußte in Scharnhorst eine Schlappe einstecken. Das dortige Komitee nahm mit Mehrheit ein von der ROTEN GARDE vorgelegtes Flugblatt an, in dem u. a. die Scharnhorster Bevölkerung aufgerufen wird, am 11. November massenhaft ins Rathaus zu gehen. Der KBW hatte dagegen vorgeschlagen, Delegierte zu schicken, die dem Stadtrat die „Wünsche der Bevölkerung vortragen" sollen. In dem Flugblatt wird aber auch festgestellt, daß der Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen vor allem auf den Schienen geführt werden muß, wenn er erfolgreich sein soll.

Den Abonnements liegt eine Beilage, „DIE ROTE GARDE" bei.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

D"K"P in der Stahltarifrunde

Verlogene Taktik soll Kampfgeist brechen

Als letzte Woche das 5%-Angebot der Kapitalisten bekannt wurde, kam es in mehreren Stahlbetrieben zu Protestaktionen. Bei Mannesmann in Duisburg streikten ca. 350 Arbeiter eine 3/4 Stunde lang vor dem Betriebsratsgebäude. Bei der August-Thyssen-Hütte (ATH) in Duisburg versammelten sich einige Abordnungen der Kollegen am Tor 1, sie forderten von den Betriebsräten Auskunft über die Tarifverhandlungen. Bei Rheinstahl Meiderich zog die gesamte Frühschicht zum Betriebsrat und verlangt Information über die Tarifrunde. Bei Hoesch in Dortmund, wo am letzten Wochenende gerade die Belegschaftsversammlungen stattfanden, empörten sich die Kollegen ebenfalls, 500 Vertrauensleute bei Krupp in Bochum forderten Lohnerhöhungen, die die Inflationsverluste decken sollten.

Diese Aktionen sind Ausdruck der Empörung und der Kampfbereitschaft der Kollegen, die sich einen Lohnraubabschluß nicht gefallen lassen wollen. Doch die modernen Revisionisten der D„K"P haben in diese Protestaktionen der Kollegen die falsche Losung „Gegen die 5%-Provokation, für die volle Durchsetzung der 8%" hineingetragen. Warum ist diese Losung falsch? Erstens haben die Kollegen auf früheren Versammlungen selbst schon viel höhere Forderungen aufgestellt und zweitens, das ist das Entscheidende, wird damit der Eindruck erweckt, als würde der DGB-Apparat die Arbeiter für ihre Forderungen in den Kampf führen. Den modernen Revisionisten der D„K"P geht es aber auch gar nicht um wirkliche Lohnerhöhungen. Sie wollen die Arbeiter auf diese Forderung nach voller Durchsetzung der 8% festlegen, um die Kollegen so an den Gewerkschaftsapparat zu binden und zu verhindern, daß die Arbeiter sich zusammenschließen und gegen den Gewerkschaftsapparat den Kampf für ihre Forderungen aufnehmen. Dabei gehen sie gemeinsam mit den Gewerkschaftsbonzen mit übelsten Methoden vor.

Bei Hoesch trommelte Raguse, ein übler Arbeiterverräter der D„K"P, seine ca. 30 Leute kurz vor der Belegschaftsversammlung an einer Nebenhalle der Westfalenhalle zusammen. Dort entrollten sie ihre Transparente, stellten sich auf und zogen kurz vor Beginn der Versammlung mit Parolengeschrei „Für die volle Durchsetzung der 8%" in die Halle ein. Der DGB-Betriebsrat, der die Versammlung leitete erklärte gleich zu Beginn, daß angesichts der brisanten Situation in der Stahltarifrunde zuerst darüber gesprochen werden sollte und erteilte lediglich einem Vertrauensmann das Wort, der eine vorbereitete Resolution gegen die 5% und für die volle Durchsetzung der 8% vorbrachte. In der D„K"P-Zeitung „UZ" stand dann in der nächsten Nummer: „Arbeiter der (. . .) Dortmunder Westfalenhütte demonstrierten am Donnerstag (. . .) für die volle Durchsetzung der achtprozentigen gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltsforderung . . ." In der Dortmunder Tageszeitung hieß es „Gegen das 5% Angebot der Arbeitgeber demonstrierten am Donnerstag 14 000 Hüttenleute der Hoesch Westfalenhütte." Daneben waren dann Bilder mit den Transparenten der D„K"P abgebildet.

Während die D„K"P bei Hoesch und anderen Betrieben selbst Aktionen initiierten, um so die Kampfkraft der Arbeiter verpuffen zu lassen, stellten sie sich in anderen Betrieben mit scheinradikalem Getue an die Spitze der Bewegung der Kollegen. Eine Methode dabei ist, daß sie unter Ausnutzung der Empörung der Kollegen Resolutionen verabschieden lassen, wie die Resolution bei Rheinstahl Meiderich, die genau ihre Handschrift trägt. Darin protestieren sie gegen „das minimale Angebot der Unternehmer von 5%". „Die IG Metall hat 8% und ein zusätzliches Urlaubsgeld gefordert. Wir sind nicht bereit, uns mit weniger zu begnügen."

Eine andere Methode ist es, anstatt den Kampf der Kollegen zu organisieren, sie mit dem reaktionären DGB-Betriebsrat zu vertrösten und Hoffnungen in diese Betriebsräte und die Gewerkschaftsführer zu säen. Wohin eine solche Politik führt, das zeigt das Beispiel der ATH. Die Arbeiter forderten Auskunft von dem Betriebsrat der ATH über den Stand der Tarifverhandlungen. Gleichzeitig versammelten sich auch Abordnungen der Arbeiter am Tor 1. Betriebsrat Weiss, der die Aktionen der Kollegen fürchtete, verließ schnell eine Sitzung, die er mit dem Vorstand der ATH hatte und führte in über 20 Betriebsbereichen kleinere Versammlungen durch, um die Arbeiter zu beschwichtigen und zu verhindern, daß sie sich alle am Tor 1 versammeln und ihren Kampf organisieren. In einer Mitteilung die Betriebsrat Weiss dann an die Ortsverwaltung der IGM schickte, hieß es unter anderem: „Wir hatten den Eindruck, daß die Kollegen ohne diese Veranstaltungen alle zum Tor 1 marschiert wären."

Die modernen Revisionisten der D„K"P und die DGB-Bonzen sind Feinde der Arbeiterklasse, ihnen geht es darum, zu verhindern, daß die Arbeiter sich höhere Löhne erkämpfen, das zeigen allein schon diese Beispiele. Sie versuchen mit solchen üblen Methoden die Kollegen zur Ruhe zu bringen, wobei die modernen Revisionisten besonders gefährlich sind, denn sie spielen sich als radikale Kämpfer, als Kommunisten auf und versuchen, jede revolutionäre Organisierung der Arbeiter zu verhindern, deshalb sind sie ständig dabei, die Widersprüche zwischen den Arbeitern und den Gewerkschaftsbonzen zu kitten und die Kollegen an den Gewerkschaftsapparat zu ketten. Das scheinradikale Gerede oder Auftreten dient ihnen dabei nur dazu, sich das Vertrauen der Kollegen zu erschleichen um die Bewegung der Arbeiter in den Griff zu bekommen. Gegen die D„K"P-Revisionisten und gegen den DGB-Apparat muß ein scharfer Trennungsstrich gezogen werden, nur gegen den Gewerkschaftsapparat und gegen den Einfluß der D„K"P können die Arbeiter im entschlossenen Kampf Lohnerhöhungen durchsetzen.

Weihnachtsgeldkürzungen

Arbeiter wehren sich gegen diesen Raubzug

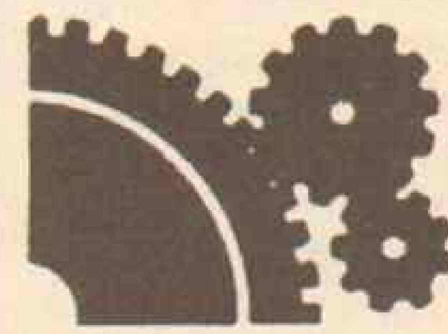
Gegen die Kürzung des Weihnachtsgeldes in fast allen Industriezweigen haben sich die Arbeiter in vielen Betrieben zur Wehr gesetzt. Die Unternehmerverbände kündigten in Köln an, daß die Betriebe aufgrund der Wirtschaftsflaute gezwungen sein, das Weihnachtsgeld zu kürzen bzw. ganz zu streichen. Das bedeutet, daß fast jeder dritte der 20 Millionen Beschäftigten kein Weihnachtsgeld bekommt. Die Kürzung des Weihnachtsgeldes ist eine weitere Methode der Kapitalisten, den Arbeitern Geld zu rauben, sich auf ihre Kosten zu bereichern.

Bei BASF wird das Weihnachtsgeld um 45% gekürzt, bei Hoechst um 25%, bei Neckermann um 50%. Bei Continental erhalten die Arbeiter bis zu 350 DM weniger. Viele kleinere und mittlere Betriebe zahlen, wenn überhaupt, nur noch das tariflich festgelegte Geld, denn in vielen Fällen liegt das Weihnachtsgeld, das sich die Arbeiter erkämpft haben und unverschämterweise als „freiwillige Sonderzahlung" der Kapitalisten bezeichnet wird, über dem Betrag, der zum Teil in Tarifverträgen festgelegt worden ist, die von den Gewerkschaftsbonzen ausgehandelt worden sind. So sind z.B. in der Bauindustrie lediglich 200 DM festgelegt, in der Metallindustrie bis zu 40% des Monatslohns. Einige Betriebe zahlen Weihnachtsgeld nur unter Rechtsvorbehalten und können so Streichungen vornehmen. Eine andere Methode, das Geld zu kürzen, ist, daß die Kurzarbeit, die in den Zeitraum gelegt worden ist, der zur Berechnung des Weihnachtsgeldes notwendig ist, nicht angerechnet wird, wie z.B. bei Continental oder bei den Hamburger Stahlwerken GmbH.

Diese Weihnachtsgeldkürzungen sind ein unverschämter Lohnraub, neben all den anderen Angriffen auf die Lebenslage der Arbeiter. Jede Arbeiterfamilie ist auf das Weihnachtsgeld angewiesen und hat es in ihre Ausgaben mit eingeplant, und gerade im Winter steigen die Ausgaben für die Arbeiter noch mehr an, denn da kommen die Heizkosten, die Winterkleidung und die Kosten für die Festtage usw.

Die Arbeiter sind nicht bereit, sich diesen weiteren Lohnraub gefallen zu lassen, in vielen Betrieben sind sie in Streiks getreten, sie haben erkannt, daß nur ihr Kampf diesen Raubzug der Kapitalisten verhindern kann. So haben bei Standard Electric Lorenz, einer Tochter von ITT, 1 000 Arbeiter gestreikt, bei der Walker GmbH in Viernheim, einem Autozulieferbetrieb, streikten 410 Arbeiter, bei der Thyssen/Rheinstahl-Tocher Hüller streikten die Kollegen 15 Minuten, bei der Bochumer Ziegelfabrik Dr. C. Otto & Company streikten die Arbeiter 2 Tage gegen die Kürzungen des Weihnachtsgeldes und in der Dortmunder Büromaschinenfabrik Pohlschröder streikten die Kollegen, bis die Kapitalisten die geplanten Streichungen von Weihnachtsgeld wieder zurücknehmen mußten.

Allein diese Beispiele zeigen: Nicht das Vertrauen auf den Gewerkschaftsapparat und die Hoffnung, irgendwann das Weihnachtsgeld tariflich abgesichert zu haben, nützt den Kollegen, sondern nur ihr kompromißloser Kampf.



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Gegen unerträgliche Zustände an Bord den Kampf aufgenommen

Liebe Genossen!

Kürzlich besuchte mich ein Matrose, den ich Anfang des Jahres in einer Maschinenfabrik kennengelernt hatte. Inzwischen fährt der Kollege wieder zur See und erzählte mir von der Situation an Bord folgendes:

Er war zuletzt mit einem 17836 BRT-Massengutfrachter unterwegs nach Japan. 32 Mann Besatzung. Die Fahrt dauerte 37 Tage ohne Unterbrechung! 37 Tage völlig abgeschnitten vom Weltgeschehen, denn es gab noch nicht einmal eine Bordzeitung, die die Kollegen über die aktuellen Ereignisse in der Welt und in ihrem Heimatland informiert hätte.

Auch sonst gab es keinerlei Gemeinschaftseinrichtungen. Die Bar war „außer Betrieb", der Filmapparat „kaputt", für die Tischtennisplatte gab es keine Schläger. Die „Bordbücherei" bestand aus 2 alten vergammelten Bücherkisten von dem Sozialwerk für Seeleute. Das Swimming-Pool, das z.B. bei Fahrten durch die Tropen bestimmt kein Luxus ist, war kürzlich abgerissen worden, weil es – wie es hieß – den 1. Offizier „gestört" hatte.

Regelrecht kriminell ist die ärztliche „Versorgung". Es gab noch nicht mal einen Sanitäter an Bord, geschweige denn einen Arzt. Wird einer krank, so wird er mit „Bordmitteln" kuriert. Das sieht dann so aus: Ein Matrose hatte sich bei der Arbeit den Fuß ausgekugelt, es war anzunehmen, daß der Knöchel sogar gebrochen war. Der Kollege bekam eine Spritze verpaßt, dann wurde ihm der Fuß wieder eingekugelt. Der nächste Hafen war 7 Tage und 7 Nächte entfernt. Eine Schlaftablette gab's nur nach langem Betteln, sonst keine schmerzstillenden Mittel. Auch sonst kümmerte sich keiner mehr um den Kollegen, er war ja zu nichts mehr nutze. Und was passiert, wenn mal einer lebensgefährlich erkrankt, der nächste Hafen 7 Tage entfernt?

Im alltäglichen Leben an Bord sind die Matrosen häufig den Launen der Vorgesetzten ausgesetzt. Wenn dich z.B. der Bootsmann nicht abkann, kriegst du irgendwelche nutzlosen und eintönigen Arbeiten – rein aus Schikane. Das Essen hängt dir bald zum Hals raus. Alle 2 Wochen derselbe Kreislauf! Die Offiziere feiern manchmal Steak-Parties, wovon die Matrosen allenfalls den Duft mitbekommen. Natürlich haben die Matrosen auch die miesesten Schlafplätze über den vorgewärmten Doppelbodentanks, wo es im Sommer unerträglich heiß ist und man nachts nicht schlafen kann, außerdem läßt einem der Maschinenlärm keine Ruhe. Klarer Fall: Die Konkurrenz unter den Reedern wird auf dem Rücken der Matrosen ausgetragen. Wer seine Mannschaft am meisten auspreßt, macht die dicksten Profite. Gespart wird, wo es nur irgend geht, so auch an den Arbeitskräften. Als in Japan 2 Leute krank wurden, wurden diese zwar ausgeflogen, aber es wurde kein Ersatz wieder rangeschafft. Dann müssen die anderen eben noch mehr ranklotzen. Ebenso erging es mit drei Kollegen an Bord. Weil die Kollegen oft nicht wissen, was sie an Bord machen sollen und wenigstens für Stunden ihren grauen Alltag vergessen wollen, wird allgemein reichlich gesoffen. Jeder weiß das. Doch wurden 3 Kollegen während der Arbeit dabei erwischt und auf See fristlos (!) gekündigt. Für die übrige Mannschaft heißt das noch mehr Überstunden und noch schärfere Ausbeutung.

Die Unzufriedenheit über diese Verhältnisse steckt in fast jedem Kollegen. Doch glauben viele, insbesondere die, die schon länger zur See fahren, nicht, daß man daran etwas ändern kann. Sie motzen zwar, aber sehen keinen Ausweg. Auf die Gewerkschaft vertraut keiner, kaum einer ist organisiert!

Der Matrose, der mir diese Dinge berichtet hat, hat nicht resigniert! Er will als erstes – wenn er wieder an Bord ist – gemeinsam mit den anderen Kollegen eine Unterschriftensammlung für eine Bordzeitung durchführen. Außerdem hat er eine neue Bücherkiste mit an Bord genommen, diesmal nicht von der Seemannswohlfahrt, sondern mit marxistisch-leninistischer Literatur und proletarischen Romanen aus dem Parteibüro.

„Marxismus-Leninismus, Kampf für eine menschliche Gesellschaft – vielleicht ist es das, wonach ich immer gesucht habe", sagte mir der Kollege zum Abschied. Außerdem bat er mich, den ROTEN MORGEN, in dem diese Korrespondenz abgedruckt wird, nachzuschicken. Er und seine Kollegen würden sich sicher sehr darüber freuen.

Rot Front! Ein Genosse aus Hannover.

"World Giant" für den Tankerfriedhof produziert

Liebe Genossen!

Vor einiger Zeit wurde der 386 000-Tonnen-Tanker „World Giant" aus dem Hafenbecken der AG Weser geschleppt. Mit 6 Schleppern, 3 vorne und 3 hinten, wurde das riesige Schiff durch die Weser nach Bremerhaven geschleppt, wo es auf Probefahrt ging. Sehr viele Kollegen mit ihren Familien und andere Schaulustige hatten sich eingefunden, um zuzusehen, wie dieser großartige Bau aus dem Hafenbecken manövriert wurde. Und wir bemerkten, daß die Kollegen stolz waren auf das Schiff, waren sie doch daran beteiligt. Doch machte sich auch eine abwartende Haltung bemerkbar: „Mal sehen, was nun wird."

Mit jedem Schiff, was das Hafenbecken der AG Weser verläßt, stellt sich für die Kollegen die Frage: „Wie lange noch habe ich den Arbeitsplatz?" 8 dieser Europa-Tanker sind bei der AG Weser in Auftrag. Erst zwei der Bauten konnten ohne Schwierigkeiten an den Auftraggeber abgegeben werden. Der größte, der „World Giant", sollte an die griechische Reederei Niarchos geliefert werden. Diese Reederei zögerte die Abnahme durch diverse Beanstandungen immer wieder hinaus. Dieser Riesentanker wurde einige Male ein- und ausgerüstet, um Ausbesserungen innerhalb des Schiffes vorzunehmen. Und nun? Niarchos nimmt diesen Tanker nicht ab. 1973 wurden zwei Euro-Tanker von dieser Reederei bestellt, im Frühjahr 1975 wollte sie ersatzlos aus dem Vertrag aussteigen. Dagegen sperrte sich die Werft, weil der Bau schon begonnen war.

Doch nun sitzt die Werft auf diesem Tanker und ihr bleibt nichts anderes übrig, als ihn ihrer Tochtergesellschaft Monsum-Reederei GmbH & Co. KG, Bremen, zur Verfügung zu stellen. Nur – diese Reederei ist natürlich nicht außerhalb der Krise, also muß der Tanker, an dem die AG Weser-Kollegen solange geschuftet haben, in die Geltinger Bucht zu den anderen 5 Tankern gebracht werden. Von den anderen 4 Tankern, die noch im Auftrag sind, sollen 2 an die Hapag Lloyd gehen. Doch diese Reederei nimmt nur noch einen ab und will statt des zweiten 6 Mehrzweckfrachter haben, die anderen 2 gehen an einen arabischen Auftraggeber, der noch nicht aus dem Vertrag ausgestiegen ist.

Wer diesen schönen Bau gesehen hat und weiß, daß er für den „Tanker-Friedhof" produziert wurde, der muß sauer werden. Dieses morsche kapitalistische System, in dem so wertvolle Produkte einfach brachliegen, nicht genutzt werden, nur weil sie einer Handvoll Gaunern nicht den Profit sichern!

Dieses System hat keine Zukunft! Immer mehr erkennen die Sackgasse, in der sich das kapitalistische System befindet, aus der nur die sozialistische Revolution der Ausweg ist. Im Sozialismus werden alle unsere geschaffenen Werte dem Volk zugute kommen.

Rot Front!
Eine Genossin aus Bremen.

München

Demonstration für Sascha's Einbürgerung

In der letzten Woche hat Rechtsanwalt Heldmann, Saschas Anwalt, einen Antrag auf Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft mit der Unterschrift Saschas an das Amt für Öffentliche Ordnung in München gesandt. Nach dem am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Gesetz über die Staatsangehörigkeit muß Sascha als Sohn einer deutschen Mutter und eines persischen Vaters dann als Deutscher gelten, wenn sein Antrag bei der Stelle für Staatsangehörigkeit beim Amt für Öffentliche Ordnung eingegangen ist. Rechtsanwalt Dr. Heldmann hat jetzt eine Rückanwort darüber in Händen, daß der Antrag beim Amt für Öffentliche Ordnung eingegangen ist. Was jetzt noch aussteht, ist eine Bestätigung der Stelle für Staatsangehörigkeit.

Um die Anwendung dieses neuen Gesetzes über die Staatsangehörigkeit auf Sascha zu umgehen, sind bisher verschiedene Tricks angewandt worden. Als Saschas Mutter im Februar zum ersten Mal einen Antrag abgab, hieß es, Sascha müsse selber kommen. Als Dr. Heldmann daraufhin den Antrag zusammen mit einer Klage zum Verwaltungsgericht schickte, erhielt er ein halbes Jahr später beides zurück mit der Begründung, der Antrag müsse eine beglaubigte Unterschrift von Sascha haben. Nun liegt der Antrag von Sascha mit seiner beglaubigten Unterschrift beim Amt für Öffentliche Ordnung in München. Wer sich beim Sachbearbeiter für den Buchstaben H erkundigen will, ob es endlich den Eingang von Saschas Antrag bestätigt hat, kann das unter der Telephon-Nummer 089/82 24 tun.

Natürlich stützt sich die Partei in ihren Bemühungen, die Einbürgerung Saschas zu erreichen, nicht hauptsächlich auf die Gesetze. Das Ausländeramt beweist nun seit über einem halben Jahr, daß es nicht gewillt ist, Gesetze einzuhalten, die Sascha nützen können. Es wird sein Ziel, Sascha an das Henkerregime des Schahs auszuliefern auch jetzt nicht aufgeben.



Demonstration für Saschas Einbürgerung am 8. 11. in München.

Deshalb hat die Partei in München verstärkt den Kampf weitergeführt. Am Samstag fand eine Demonstration statt, zu der die Partei und GRF (KPD) aufriefen. Der Zug begann mit 150 Teilnehmern. Rund 50 reihten sich im Laufe der Demonstration ein. Die Polizei griff gleich anfangs ein und verbot das Verteilen von Flugblättern der Roten Hilfe Deutschlands, weil darin von „Polizeiterror" und „reaktionären Ausländergesetzen" die Rede ist. Am Tag zuvor wurde in der gesamten Fußgängerzone an Informationsständen auf den Kampf um Saschas Einbürgerung aufmerksam gemacht. Die Rote Hilfe Deutschlands führte eine Veranstaltung mit rund 70 Teilnehmern durch und befestigte noch einmal, wie zuvor schon die ROTE GARDE, ein Transparent am „Alten Peter".

Auch im Radio konnte man vom Kampf um Saschas Einbürgerung hören. Während einer Pop-Sendung, bei der die Zuhörer telephonisch ihre Meinung sagen konnten, meldete sich auf einmal ein Genosse und forderte eine der Gruppen auf, sich mit Sascha zu solidarisieren, der schon über ein Jahr versteckt leben müsse . . . Weiter kam der Genosse nicht, weil er dann ausgeblendet wurde. Trotzdem trägt auch dieser Aufruf dazu bei, daß noch mehr Menschen vom Kampf gegen die drohende Abschiebung von Sascha nach Persien erfahren.

Gleichzeitig mit diesem Kampf hat die Partei auch Protesterklärungen an verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gesandt mit der Aufforderung, mit ihrer Unterschrift gegen die Abschiebung Saschas zu protestieren. Unterschrieben haben diese Protesterklärung unter anderem folgende Personen:

Ilse Aichinger (Schriftstellerin); Dr. E. Bloch (Prof.); Dr. H-Chr. Buch (Schriftsteller); H. Bienek (Schriftsteller); U. Brandner (Schriftsteller); Dr. K. Croissant (Rechtsanwalt); P. Chotjewitz (Autor); Dr. I. Drewitz (Vize-Präsidentin des PEN-Zentrums der Bundesrepublik); O. Flechtheim (Prof.); K.H. Goll (Dipl. Ing.); J. Groß (Journalist); Chr. Geissler Schriftsteller); H. Hartmann (Rechtsanwalt und Notar); Käte Hamburger (Prof.); F, Haas (Dipl-Soz.), O. Jägersberg (Autor); G. Kämpf (Verleger); D. Kurzqa (Dipl-Soz.); J. Laubscher (Rechtsanwalt); H. Och (Redakteur); G. Renner (Buchhändler); Sekretariat der Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender, E. Silvanus (Schriftsteller); J. Schmidt (Journalist); V. Schlöndorf (Regisseur); M. G. Thal (Verleger und Redakteur); Martin Walser (Schriftsteller), Th. Weissenborn (Schriftsteller); L. Freifrau von Wangenheim, (Prinzessin von Sachsen-Meinigen).



Während die RHD am „Alten Peter" erneut ein Transparent aufhängte, malten Genossen der Partei diese Parole an ein Hochhaus der Studentenstadt München.

Schorsch Schmidt im Gefängnis

Marianne Schmidt droht Entlassung

Mitte Oktober erhielt Marianne Schmidt, Referendarin an einer Schule für lernbehinderte Kinder in Bad Vilbel, einen Brief des Darmstädter Regierungspräsidenten, in dem ihr mitgeteilt wurde, daß das Kulturministerium nicht beabsichtige, sie nach bestandener zweiter Prüfung als Lehrerin einzustellen.

Marianne schrieb daraufhin einen offenen Brief an die Eltern, Schüler und Kollegen ihrer Schule. Sie erklärt in diesem Brief, warum sie Kommunist geworden ist und zeigt am Beispiel ihrer Familie, wie „frei" man heutzutage als Kommunist in dieser angeblichen Demokratie ist.

Mariannes Mann, Schorsch Schmidt, wurde 1972 bei der Demonstration zum Roten Antikriegstag verhaftet und 5 Wochen in U-Haft gehalten. Nacheinander wurde er dann an zwei Arbeitsstellen entlassen. Im Prozeß wurde er zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Er fand wieder eine Arbeitsstelle bei den Farbwerken Hoechst. Als man aber dort erfuhr, daß er Mitglied der KPD/ML ist und eine Gefängnisstrafe zu erwarten hat, wurde er sofort fristlos entlassen. Marianne berichtet: *„Am 15. Juli 75 wurde mein Mann abends von zwei Polizisten abgeholt. Ich hatte gerade eine Besorgung zu erledigen. Als ich nach Hause kam, stand meine Nachbarin aufgeregt vor der Haustür. Die Polizisten hatten ihr zwar Bescheid gesagt, mein Mann konnte ihr aber nicht mehr den Schlüssel geben. Und so lag unser drei Monate altes Baby hilflos in der Wohnung, ganz allein. Seitdem sitzt mein Mann im Gefängnis als politischer Gefangener, zuerst in Schwalmstadt und jetzt in Dieburg. . .*

Ich bin sicher, wenn Sie dies gelesen haben, so wundert es Sie nicht, daß der Regierungspräsident mir nicht einen Brief geschickt hat, in dem vielleicht das Folgende gestanden hätte: „Liebe Frau Schmidt, Sie sind ja jetzt wirklich in einer schwierigen Situation. Ihr Mann sitzt im Gefängnis, Sie sind also der alleinige Verdiener. Und Sie müssen ein Kind von einem halben Jahr großziehen, außerdem müssen Sie gerade ihre zweite Staatsprüfung ablegen. Sie können als sozialer Härtefall die Gewißheit haben, daß wir Sie weiter als Lehrer beschäftigen." Stattdessen erhielt ich die Ankündigung meiner Entlassung; ich soll nicht mehr unterrichten dürfen, weil ich Kommunist bin."

Marianne nahm diesen offenen Brief mit in die Schule. Zwei ihrer Kolleginnen haben ihn mit in ihre Klassen genommen und dort an ihre Schüler verteilt. Marianne selbst besprach den Brief mit ihren Schülern. Bereits nach der ersten Stunde kam der Rektor, erklärte, er sei beim Schulrat gewesen und der hätte verboten, daß dieser Brief verteilt würde, weil es wahrscheinlich eine politische Propagandaschrift sei.

Als Marianne den Schülern in der zweiten Stunde den Brief gab und erzählte, daß er verboten sei, fingen die Schüler sofort an, ihn zu verstecken, Im Hemd, im Schuh oder im Atlas. Als der Rektor in die Klasse kam und aufforderte, den Brief einzusammeln, war die einhellige Antwort der Schüler: „Was'n für'n Brief? Wir haben doch keinen Brief." Genauso einhellig waren sie der Ansicht: „Wenn die Schmidt gehen muß, gehen wir auch."

Der Rektor machte sich dann selbst daran, in den Klassen die Briefe wieder einzutreiben. Verschiedene Lehrer hetzten, daß es richtig wäre, wenn Marianne sofort aus der Schule flöge und daß auch ihr Mann völlig zu Recht im Gefängnis säße. Trotzdem gaben einige Schüler die Briefe nicht heraus.

Marianne schreibt uns: *„Ich habe jetzt vor, weiter mit den Schülern über meine Entlassung zu diskutieren. Den Eltern werde ich die Briefe mit der Post schicken bzw. wenn möglich, selbst hinbringen.*

Man darf natürlich die Bourgeoisie nicht unterschätzen. Die sind durch mein offensives Vorgehen ganz schön ins Flattern geraten. Möglicherweise werden sie mich noch vor meiner 2. Prüfung suspendieren. Dann müßte der Kampf mit der Zielrichtung weitergeführt werden, daß ich zum einen meine Prüfung machen kann und zum anderen, daß ich im Schuldienst bleibe."

Trotzkisten mit Latten gegen Revolutionäre

3 Genossen schwerverletzt im Krankenhaus

Anläßlich einer Veranstaltung der Trotzkisten-Organisation GIM sind am Freitag, den 7. November in Westberlin 50 mit Helmen ausgerüstete und mit langen Holzlatten bewaffnete Trotzkisten auf Genossen der KPD/ML losgegangen. Drei Genossen der Partei liegen schwer verletzt im Krankenhaus. Einem von ihnen hatten die Trotzkisten von unten her eine Holzlatte gegen den Kopf gerammt, so daß Wange und Nase aufgerissen wurden und über dem Auge das Jochbein gebrochen wurde. Die Ärzte im Krankenhaus hoffen, das Auge retten zu können.

Zu der Auseinandersetzung war es im Zusammenhang mit einer Veranstaltung der GIM (Gruppe Internationaler Marxisten), einer internationalen Trotzkistenbande, gekommen. Die Trotzkisten hatten zu einer Veranstaltung unter dem provokatorischen Titel: „Die KPD und die KPD/ML und die Vaterlandsverteidigung" aufgerufen. Dort sollte üble Hetze verbreitet werden über den Kampf der Partei gegen die beiden Supermächte, von deren Rivalität um Weltherrschaft die Gefahr eines neuen Weltkrieges ausgeht. Dieser Hetze entgegenzutreten, war in Westberlin eine Aktionseinheit der Genossen des KSB/ML in Westberlin mit dem KSV, der Studentenorganisation der GRF (KPD), vereinbart worden, mit dem Ziel, die Veranstaltung zu verhindern.

Etwa 500 Menschen standen am Freitag abend vor dem Veranstaltungsgebäude, davon etwa 200 Genossen des KSV und der GRF (KPD) und knapp 100 Genossen des KSB/ML und der Partei. Die mit Holzlatten bewaffneten Ordner der Trotzkisten ließen die Leute nur einzeln in den Saal hinein. Bei jedem wurde eine Gesichtskontrolle durchgeführt. Statt sich an die Aktionseinheit zu halten, schwenkten die Genossen des KSV und der GRF (KPD) nun plötzlich um und meinten, man dürfe die Veranstaltung doch nicht verhindern. Als die Genossen des KSB/ML allein vorgingen, griff die Trotzkistenbande sogleich mit ihren Holzlatten an.



Einer der schwerverletzten Genossen im Krankenhaus.

Bei dem wilden Vorgehen der Trotzkistenbande wurden mehrere Genossen schwer verletzt. Drei von ihnen liegen noch im Krankenhaus. Doch trotz ihrer Holzlatten mußten auch die Trotzkisten schwere Schläge einstecken, so daß sie schließlich abzogen und erst nach 1 1/2 Stunden wiederkamen, um unter sich ihre Veranstaltung durchzuführen.

Anwesend bei der Auseinandersetzung waren auch Revisionisten der D„K"P, die auf einer Seite mit den Trotzkisten standen und gemeinsam mit ihnen Parolen gegen „die Stalinisten" riefen. Und es ist eine Schande, daß sich dazu einige KBW-Mitglieder hergaben, die von den GIM-Trotzkisten aufgerufen worden waren, ihre Veranstaltung gegen die Marxisten-Leninisten zu unterstützen.

Das brutale Vorgehen der Trotzkisten hat gezeigt, daß man sie als konterrevolutionäre Elemente ernsthaft bekämpfen muß. Es ist nicht verwunderlich, daß sie gemeinsam mit der D„K"P uns als „Stalinisten" angreifen. Denn mit den modernen Revisionisten verbindet sie der Haß auf die sozialistische Sowjetunion unter der Führung Stalins, wo Revisionismus und Trotzkismus bekämpft und die Konterrevolution unterdrückt wurde. Gemeinsam ist ihnen auch, daß sie die heutige sozialfaschistische Diktatur in der Sowjetunion, die wilden, imperialistischen Ambitionen dieser Supermacht nach Weltherrschaft als Friedenspolitik feiern. Ihnen muß die entsprechende Antwort erteilt werden.

Die Genossen des KSB/ML in Westberlin haben nach dem Vorfall in der Universität eine Wandzeitung ausgehängt, ein Flugblatt herausgegeben und eine Veranstaltung vorbereitet, um diese konterrevolutionären Elemente weiter zu entlarven.

Terrorurteil gegen Genossen M. Peleikis

7 Monate Gefängnis ohne Bewährung

Bei der Staatsschutzkammer am Landgericht in Flensburg ist der Prozeß gegen Genossen Martin Peleikis, den presserechtlich Verantwortlichen unserer Partei für den Raum Kiel, zu Ende gegangen. Das Urteil gegen ihn lautet auf sieben Monate Gefängnis ohne Bewährung. Begründung: „Öffentliche Aufforderung zur Meuterei in Tateinheit mit verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr". Anlaß für dieses Terrorurteil war ein antimilitaristisches Flugblatt der Partei, in dem die Soldaten zum revolutionären Kampf in der Bundeswehr aufgerufen wurden.

Sieben Monate Gefängnis ohne Bewährung für die presserechtliche Verantwortung eines einzigen antimilitaristischen Flugblatts, das ist das bisher schärfste Urteil dieser Art. Schon bisher verhängte die bürgerliche Klassenjustiz einen Monat Gefängnis mit Bewährung gegen den Soldaten Klaus B., weil er angeblich einen Artikel über das Manöver Bold Guard aus dem ROTEN MORGEN an das Schwarze Brett seiner Kompanie gehängt haben soll und acht Monate Gefängnis ebenfalls mit Bewährung gegen einen Genossen, weil er ein antimilitaristisches Flugblatt verteilt haben soll. Es ist natürlich kein Zufall, daß bisher alle diese Urteile gegen die revolutionäre Agitation und Propaganda in der Bundeswehr gefällt worden sind. Die Bourgeoisie versucht mit allen Mitteln, die Ruhe und Ordnung in der Bundeswehr, der Armee der westdeutschen Imperialisten zur Unterdrückung des Volkes und zur Aggression gegen andere Völker, durch Kadavergehorsam, Drill und Schikane und ein besonderes Strafrecht aufrechtzuerhalten und jeden Widerstand zu unterdrücken.

Inzwischen allerdings hat die bürgerliche Klassenjustiz offenbar vor, die Strafen gegen Revolutionäre und Kommunisten noch weiter zu verschärfen. Um die revolutionäre Agitation und Propaganda der Partei zu unterdrücken, wird die bürgerliche Klassenjustiz besonderes



Genosse Martin Peleikis während einer Veranstaltung.

Gewicht auf die Verurteilung der presserechtlich verantwortlichen Genossen legen. In der nächsten Woche wird das Urteil gegen Genossen Hanfried Brenner gesprochen. In diesem Prozeß hat der Staatsanwalt bereits 12 Monate Gefängnis beantragt. Gegen den Verleger und jetzigen verantwortlichen Redakteur des ROTEN MORGEN, Genossen Gernot Schubert, sind Anklagen gegen mehr als 10 ROTE MORGEN zu einem einzigen Verfahren zusammengezogen worden. In Kürze wird auch der Prozeß gegen den presserechtlich verantwortlichen Genossen der GRF (KPD) für NRW, Thomas Lukzcak beginnen, in dem ebenfalls mindestens 12 Anklagen zu einem Verfahren zusammengezogen worden sind. In allen diesen Prozessen muß ebenfalls mit Gefängnisstrafen gerechnet werden.

In seiner Urteilsbegründung im Prozeß gegen Genossen Martin Peleikis hat der Richter die Gefängnisstrafe ausdrücklich deshalb nicht zur Bewährung ausgesetzt, weil Martin fest zum Kommunismus steht und dies auch während des Prozesses gezeigt hat. Ein solches Verhalten, eine solche Überzeugung aber, so der Richter, biete natürlich keine Gewähr für eine Bewährung, womit er die Kapitulation vor der Bourgeoisie meinte.

Der Richter ließ es sich auch nicht nehmen, seine Verbundenheit mit dem von ihm für Genossen Martin als Pflichtverteidiger bestellten Göring-Anwalt Bross zu demonstrieren. „Übel mitgespielt" sei diesem Herrn worden, erklärte der Richter und meinte damit, daß die faschistische Gesinnung dieses Anwalts aufgedeckt worden war. Der Kommunist wird ins Gefängnis gesteckt, der Faschist aber erhält ein Lob ...

Die Genossen in Flensburg haben während des ganzen Prozesses immer wieder mit Flugblättern, Parolen, Hausbesuchen usw. die Bevölkerung über den Prozeß informiert. Und sie fanden dabei kaum einen, der das Vorgehen der bürgerlichen Klassenjustiz verteidigt hätte. Im Gegenteil, in einer Werft hängten Kollegen ein Flugblatt der „Roten Hilfe Deutschlands" ans Schwarze Brett und auch zur Veranstaltung der Partei und zum Prozeß selbst kamen einige Kollegen, die bisher keinen Kontakt zur Partei hatten.

Die Bourgeoisie versucht, die revolutionäre Agitation und Propaganda der Partei zu unterdrücken, sie verschärft ihren Terror: Sieben Monate für ein einziges Flugblatt.

Ihre Hoffnungen werden allerdings vergeblich sein. Die Partei wird sich darauf einstellen. Es wird der Bourgeoisie nicht gelingen, die revolutionäre Agitation und Propaganda zu unterdrücken.

Mordanschlag der Polizei in Köln

Die Polizei in Köln hat erneut einen Mordanschlag verübt. Ob Manfred Kiefer, den ein Beamter des Landeskriminalamtes in den Unterleib schoß, den Anschlag überlebte, war bei Redaktionsschluß nicht bekannt.

Am 6.11. wollte Manfred Kiefer im Pfandleihhaus Krämer verschiedene Gegenstände versetzen. Im Laden befanden sich zwei zivile Polizisten, die regelmäßig in Pfandhäusern die Kundenlisten durchsuchen. Frau Krämer, die Manfred Kiefer bediente, berichtete Genossen der Partei, daß die Beamten den Ausweis von Manfred Kiefer verlangten, als sie beim Verkaufsgespräch seinen Namen hörten. Der **„Kölner Stadtanzeiger" schreibt: „Warum der Fahnder plötzlich in dem winzigen Raum seine Dienstwaffe zog und auf Kiefer schoß, darauf kann sich Agnes Krämer keinen Reim machen. Sie sagt: ‚Der Mann krümmte sich zusammen, als wäre er in den Unterleib getroffen worden und rief: ‚Sie können mich doch hier nicht erschießen!"**

Frau Krämer berichtete den Genossen weiter, daß es Kiefer daraufhin gelang, in einen Hinterraum zu flüchten. Die Polizisten, erstaunt, daß er noch laufen konnte, setzten hinterher und schossen im Hinterraum noch einmal auf den schwerverletzten Mann. Kiefer gelang es aber trotzdem, durch ein Fenster zu entkommen.

Doch damit war der Polizeiterror in Köln-Nippes noch lange nicht beendet. Im Gegenteil. Nachmittags wurde das ganze Gebiet um das Pfandleihhaus von Polizisten mit Maschinenpistolen abgesperrt. Drei Polizeihubschrauber kreisten über den Häuserblocks. Niemand kam mehr durch, weder Passanten noch Hausbewohner.

Um diesen Polizeiterror zu rechtfertigen, streute die Polizei unter der Bevölkerung das Gerücht aus, man suche einen Mann, der mit einer MP ein Kind erschossen habe.



Als Genossen der Partei zu Frau Krämer sagten: „Das ist ja ein Mordversuch", sagt die Frau. „Ja, das kann man so sehen."

In der offiziellen Lagemeldung der Polizei hieß es: „Nach einer Schiesserei mit Beamten des Landeskriminalamtes ist ein Mann auf der Flucht, der auf alles schießt, was sich bewegt." Als eine 85-jährige Frau schließlich auf Grund dieser systematisch geschürten Hysterie „einen Mann" in ihrer Waschküche meldete, wurde dieser nach einer Stunde Belagerung von Polizisten in Panzerwesten und mit Maschinenpistolen gestürmt.

Am Nachmittag meldete sich Kiefer aus einer Telephonzelle und sagte, er fürchte zu verbluten — für die Polizei ein Anlaß, erneut nach Nippes auszurücken.

Dieser brutale Polizeieinsatz hat in Nippes große Empörung ausgelöst.

Hier sollte ein Mann, den die Polizei für einen kleinen Einbrecher hielt, mit dem Tode bestraft werden. Darüberhinaus ist völlig klar,



Diese Beamten leiteten den Mordanschlag (links Kriminaldirektor Dr. Manfred Gundlach).

daß der anschließende Polizeieinsatz nicht nur eine unbarmherzige Jagd auf einen Schwerverletzten war, sondern gleichzeitig eine Übung, um ein ganzes Viertel abzuriegeln und die Bevölkerung mit MPs in Schach zu halten, eine Bürgerkriegsübung also.

Für die Bevölkerung in Nippes ist das bereits der zweite Mordanschlag durch die Polizei innerhalb weniger Monate. „Die Polizei — Dein Freund und Helfer"? Solche Einsätze zeigen hinreichend, wessen „Freund" die Polizei ist und, wem sie „hilft". Denjenigen, die das Volk mit Gewalt und Terror unterdrücken, der Kapitalistenklasse.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

FRANKFURT

Am 4. 11. fand in Frankfurt ein Prozeß gegen einen 23 jährigen Kaufmann statt, der im Zusammenhang mit einer Demonstration gegen den § 218 wegen „Sachbeschädigung" und „Widerstand" angeklagt war. Während des Prozesses warfen einige Frauen aus dem Zuschauerraum Lorbeerkränze gegen die Richterbank, gedacht als ironische Würdigung des „unermüdlichen Kampfes" des Richters gegen die Frauen.

Der Richter sah nach eigenen Angaben in diesen Kränzen „Friedhofskränze" in dieser Aktion seine eigene „symbolische Beerdigung". Er ließ daraufhin vier Personen festnehmen, wobei er sich nach einer Pressemitteilung der Verteidigung dadurch hervortat, daß er die Zuschauer eigenhändig verprügelte. Der Richter verhängte gegen die vier Zuschauer Ordnungsstrafen von je 7 Tagen Haft. Als der Verteidiger dagegen protestierte, ließ der Richter auch ihn von der Polizei aus dem Saal bringen.

BONN

Am 4.11. fand vor dem Amtsgericht in Bonn ein Prozeß gegen den Genossen Peter Schulte wegen Widerstand, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung statt. Der Genosse wurde beschuldigt, im Mai 74 mit einer Gruppe von Genossen der KPD/ML eine Veranstaltung der DFG und des VK gestört und bei seiner Festnahme Widerstand geleistet zu haben. Die Genossen waren damals nach einem gemeinsamen Schlägereinsatz von D„K"P-Schlägern und Polizisten festgenommen worden. Nach dem Einsatz meldeten sich bei dem K 14 in Bonn auch 5 Revisionisten, die die Genossen denunzierten — allen voran ein gewisser Alois Stoff aus Essen, der offensichtlich Leiter der D„K"P-Schläger in NRW ist. Dem Prozeß war ein Strafbefehl über 900 DM vorausgegangen. Als der Genosse vor Gericht die Lügen der 6 Polizeizeugen entlarvte, konnte die Anklage nicht mehr aufrechterhalten werden. Peter wurde trotzdem — jetzt „nur noch" wegen Widerstandes — zu 400 DM Geldstrafe verurteilt.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

PROZESSTERMINE:

Am 20. 11., 27. 11. und 4. 12. ist in Bielefeld ein Prozeßtermin gegen 5 Genossen angesetzt. Vorausgegangen sind 9 Strafbefehle über insgesamt 3000 DM. Der Prozeß beginnt am 1. Verhandlungstag um 9.30 Uhr und findet im Zimmer 261 des Amtsgerichts statt.

Am 20. 11., 9.00 Uhr findet im Amtsgericht Gelsenkirchen-Buer (Zi. 4), ein Prozeß gegen Karl-Heinz S. statt. Der Genosse war von 6 Polizisten zusammengeschlagen worden, als er ein Flugblatt der ROTEN GARDE verteilte. Jetzt ist er angeklagt wegen „gefährlicher Körperverletzung mittels einer Waffe" (sein Schuh) und „Widerstand".

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

KÖLN

Ich war am 5. 11. 75 beim Prozeß gegen die türkischen Patrioten in Köln. Der Gerichtssaal war wie das Gerichtsgebäude durch Polizei und Spitzel sowie durch zahlreiche kräftige „Gerichtsdiener" besetzt. Die Zuschauer mußten einzeln durch die Tür des Gerichtsgebäudes gehen und als erstes ihren Personalausweis abliefern. Die Personalien wurden in einer Liste vermerkt. Dann wurde man nach Waffen und ähnlichem abgetastet. Sämtliche Gegenstände, selbst bürgerliche Zeitungen, wurden den Zuschauern abgenommen und „aufbewahrt".

Zu Beginn der Verhandlung versuchte der Gerichtsvorsitzende durch „witzige" Sprüche eine Atmosphäre des geselligen Beisammenseins zu schaffen. Die angeklagten Genossen machten jedoch von Anfang an deutlich, daß sie hier nicht freiwillig und nicht zum Spaß ständen. So entlarvten sie mutig, daß an zahlreich vorgelegten Pässen willkürlich Veränderungen vorgenommen wurden.

Der Gerichtsvorsitzende ließ seine liberale Maske völlig fallen, als die angeklagten Genossen anhand der deutschen und türkischen Fassung der Dokumente aufzeigten, daß der vom Gericht bestellte „Sachverständige" für deutsch-türkische Übersetzungen befangen sei und bewiesen dies anhand von sinnentstellenden Übersetzungen des Dolmetschers. So wurde z.B. der deutsche Text, wo es sinngemäß hieß, daß der und der Paß in der und der Wohnung gefunden worden sei, vom „Sachverständigen" ins türkische übersetzt, daß der und der Paß bei dem angeklagten Genossen gefunden worden sei. Dies wurde von einem der angeklagten Genossen als Verfälschung entlarvt. Die Reaktion der Kammer: Fünf Tage Ordnungshaft für den Genossen!

Dieser Prozeßtag zeigte den Terror der Bourgeoisie auch gegenüber den Zuschauern in aller Deutlichkeit. Als die Kammer sich zur Beratung zurückzog, mußten die Zuschauer nicht nur den Sitzungssaal, sondern auch das Gerichtsgebäude verlassen. Zwei ältere Herren, die Schwierigkeiten hatten, die schmalen Stufen der zwei Stockwerke zu bewältigen, wagten es zu fragen, ob sie sich nicht auf dem Flur aufhalten könnten. Der „Gerichtsdiener" erwiderte zynisch, daß sie ja nicht wieder raufzukommen brauchten.

Als ein Genosse einem der älteren Herren anbot, ihn die Truppen hinunterzugeleiten, sprang der „Gerichtsdiener" die Stufen herunter und stieß den Genossen, mit den Worten „Dir werde ich schon Beine machen" die Stufen hinunter. Die älteren Herren wurden von ihm beschimpft wie „Ich kann Sie auch an den Haaren runterschleifen", und drohte einem der Herrn noch eine Anzeige an. Doch wenn der Gerichtsbüttel glaubte, mit den Herren ein leichtes Spiel zu haben, so hatte er sich gründlich geirrt. Mutig und erbost stellten sie sich dem Gerichtsbüttel in den Weg und verurteilten diesen Terror. Sie erklärten, daß sie es auf eine Anzeige ankommen lassen werden, sie werden sich diesem Terror nicht beugen. Diesen Geist würden sie kennen.

Nachdem die übrigen Zuschauer aus dem Gebäude getrieben waren, beschäftigten sich die Gerichtsbüttel mit einem der älteren Herren hinter verschlossener Tür. Auch wenn es den Gerichtsbütteln in Form einer „Entschuldigung", die sie sich wegen des offensiven und öffentlichen Vorgehens der beiden Herren abnötigen mußten, noch gelang, dieses faschistische Vorgehen als „Ausrutscher" hinzustellen, so beweist dieser Vorfall jedoch erneut, daß der Terror der Bourgeoisie sich nicht nur gegen die Revolutionäre, sondern gegen das ganze Volk richtet.

Rot Front! Ein Genosse aus Bochum.

FRIEDRICHSHAFEN

„Nahezu an jedem Tag in irgendeinem Gebiet des Landes zu unterschiedlichen Zeiten" wollen die Behörden in Baden-Württemberg in der nächsten Zeit Großfahndungen durchführen. Von einem Leser aus Meersburg erhielten wir dazu folgende Zuschrift:

Am Bodensee probt die Wasserschutzpolizei den Bürgerkrieg!

Am 14. Oktober riegelte die Wasserschutzpolizei den Fährhafen Konstanz/Staad und den Fährehafen Meersburg hermetisch ab. Schwerbewaffnete Polizisten mit Maschinenpistolen überprüften sämtliche Passagiere und 260 Fahrzeuge. Auf weiten Teilen des Sees wurden sogar sämtliche Boote kontrolliert. Als Begründung für diese Riesenaktion wurde angegeben, daß die Polizei nach „Anarchisten und anderen Gewalttätern und Straftätern" suche. „Um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen", sagte ein Sprecher des Landeskriminalamtes in Stuttgart. Ich glaube, daß die Bevölkerung diese Maßnahmen etwas anders sieht. Ich habe mit meinen Nachbarn darüber gesprochen. Einer geriet in diese Kontrolle und war sehr wütend. Erst mal kann ein Blinder sehen, daß die Ausrüstung keinesfalls einer Polizei-, wohl aber einer militärischen Truppe entspricht. Im übrigen ist es lächerlich, der Bevölkerung weiszumachen, RAF-Mitglieder würden ausgerechnet auf dem Bodensee spazierenfahren. Nein, es ist klar, daß diese Art von Fahndung eine systematische Einschüchterung der Bevölkerung bewirken soll. Hier handelt es sich um die Übung eines Bürgerkriegsheeres, welches man jederzeit gegen das Volk einsetzen will, wenn die Entwicklung der herrschenden Klasse keinen anderen Ausweg mehr läßt. „Die Polizei — Dein Freund und Helfer" — eine einzige Verhöhnung der Werktätigen. Diese Polizei ist nichts anderes als ein Instrument zur Unterdrückung des Volkes und wir müssen diese Truppe noch mit unseren Steuergeldern unterhalten.

An der Grenze zur VR China

Indien provoziert Grenzkonflikt

Die Nachrichtenagentur Hsinhua meldet, daß ein Vertreter des indischen Außenministeriums am 1. November eine Erklärung abgab, in der behauptet wird, daß chinesische Truppen aus dem Hinterhalt eine indische Patrouille überfallen hätten und vier indische Soldaten an dem angeblichen Ort, der tief im indischen Territorium liegt, töteten. Diese Erklärung des Vertreters des indischen Außenministeriums entstellt vollständig die wirkliche Sachlage.

Um die wirkliche Lage zu erklären, wurde ein Vertreter des Außenministeriums der Volksrepublik China zu einer Erklärung ermächtigt, in der es unter anderem heißt, daß am 20. Oktober 1975 um 13.30 Uhr eine Gruppe indischer Soldaten die Linie der faktischen Kontrolle vom 7. November 1959 am Paß Tolun im östlichen Sektor der chinesisch-indischen Grenze überschritt und auf das Territorium des chinesischen Tibet eindrang. Die Werktätigen der chinesischen Verwaltung des Kontrollpunktes in Tschuna, in dem chinesischen Tibet, hatten die indischen Soldaten mehrmals davor gewarnt, die Linie zu überschreiten und sie aufgefordert, sofort umzukehren. Die indischen Soldaten jedoch beachteten diese Warnungen nicht, sondern eröffneten im Gegenteil sogar das Feuer auf die Werktätigen der chinesschen Verwaltung des Kontrollpunktes. Die Werktätigen der chinesischen Verwaltung des Kontrollpunktes waren, um sich zu verteidigen, gezwungen, das Feuer zu beantworten.

Am 22. Oktober 1975 überreichte ein verantwortlicher Mitarbeiter der Abteilung der Länder Asiens im Außenministeriums der Volksrepublik China dem provisorischen Geschäftsträger der indischen Botschaft in China eine Protestnote und teilte der indischen Seite mündlich mit, daß bei diesen Handlungen vier indische Soldaten getötet wurden und daß die chinesische Seite bereit sei, zu jeder Zeit der indischen Seite ihre Leichen, Waffen und Munition auszuhändigen. Am 28. Oktober um 14.00 Uhr Pekinger Zeit traf der Vertreter der indischen Seite auf der chinesischen Seite der Grente ein, übernahm die sterblichen Überreste der vier indischen Soldaten, ihre Waffen und Munition und beglaubigte dies. Die obengenannten Tatsachen bringen die Wahrheit ans Licht.

Die Haltung der chinesischen Regierung in der chinesisch-indischen Grenzfrage, wird in der Erklärung des Vertreters des Außenministeriums der Volksrepublik China fortgefahren, ist allen bekannt. Damit keine Grenzkonflikte vorkommen und die Ruhe an der Grenze gewahrt bleibt, ist die chinesische Regierung nach wie vor dafür, daß bis zur Lösung der Grenzfrage der Status quo an der Grenze gewahrt bleibt. Wir hoffen, schließt die Erklärung, daß die indische Regierung wirkungsvolle Maßnahmen trifft und die Versicherung abgibt, daß sich derartige Zwischenfälle in Zukunft nicht wiederholen.



Chinesische Grenzsoldaten in Tibet.

Unerhörte Einmischung in Angolas innere Angelegenheiten

Jahrhundertelang hat das angolanische Volk heldenmütig um die Befreiung vom Joch des Kolonialismus gekämpft, und es hat den Sieg davongetragen. Am 11. November ist die portugiesische Kolonialherrschaft über Angola endgültig beendet. Undenkbar wäre der Sieg des Volkes ohne seine Befreiungsorganisationen gewesen, die gemeinsam mit dem Ziel des Sturzes der Kolonialherrschaft gekämpft haben. Doch heute ist Angola in einer schwierigen Lage, denn ein neuer Feind sucht Zwietracht zu säen, Bürgerkrieg zu schüren und bedroht die Unabhängigkeit des Landes: die russischen Sozialimperialisten.

Es ist allgemein bekannt, daß heute in Angola ein Bürgerkrieg im Gange ist, in dem die Befreiungsorganisationen Angolas gegeneinanderstehen. Sicherlich, es gibt in jeder nationalen Befreiungsbewegung Differenzen und Widersprüche. Sie müssen mit dem Ziel der Einheit gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Kolonialherrschaft und gegen diejenigen, die die Unabhängigkeit des Landes bedrohen, gelöst werden. Doch die russischen Sozialimperialisten, die nach der Niederschlagung des portugiesischen Kolonialismus hoffen, durch die Hintertür Einfluß und Macht in Angola gewinnen zu können, haben gerade diese Differenzen benutzt, um die eine Befreiungsorganisation als „patriotisch", die andere als „reaktionär" zu propagieren, um so gegen den Willen des angolanischen Volkes und der anderen afrikanischen Völker einen Bürgerkrieg zu schüren. Sie haben die Bemühungen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sabotiert, die immer wieder versuchte, durch Gespräche und Verhandlungen die drei Befreiungsorganisationen Angolas zur Einheit zu bewegen. Unmengen von leichten und schweren Waffen haben die russischen Sozialimperialsten der einen Organisation zukommen lassen, um so den Bürgerkieg zu schüren und den eigenen Einfluß zu stärken.

In einem unverschämten Akt haben sie sich jetzt erneut in die inneren Angelegenheiten Angolas eingemischt und versuchen sogar, die OAU unter Druck zu setzen. So überreichte der sowjetische Botschafter in Unganda dem Vorsitzenden der OAU, Präsident Amin, eine Note, in der sie ankündigen, daß sie die eine Organisation unterstützen werden, damit sie einseitig die Unabhängigkeit ausrufe. Und daß in Moskau auch nur eine Regierung Angolas unter dieser Organisation anerkannt werden würde. Welche Regierung an der Spitze Angolas stehen soll, haben also die russischen Sozialimperialisten im Kreml zu bestimmen? Die OAU hat sich also nach den Entscheidungen des Kreml zu richten, welche Regierung in die Reihen der OAU aufgenommen wird? **Dieses offene Auftreten des russischen Sozialimperialismus zeigt in aller Deutlichkeit die neokolonialistischen Ambitionen, die diese Supermacht gegenüber Angola hegt.**

Zugleich besitzen die russischen Sozialimperialisten noch die Frechheit, der VR China vorzuwerfen, sie würde einseitig eine der Befreiungsbewegungen unterstützen. In seiner Rede auf der UNO-Vollversammlung hat der chinesische Delegationsleiter Tjiao Guan-hua diese Verleumdung klar und eindeutig widerlegt. Er sagte: *„China unterstützt schon von allem Anfang an die nationale Befreiungsbewegung Angolas. Um sie in ihrem Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus zu unterstützen, haben wir alle drei Befreiungsbewegungen Angolas militärische Hilfe zukommen lassen. Wir waren uns über die Differenzen im klaren und haben ihnen ständig geraten, sich im Kampf gegen den Feind zu vereinigen. Nachdem die nationale Befreiungsbewegung Angolas mit Portugal einen Unabhängigkeitsvertrag erreicht hatte, gewährten wir den drei Organisationen Angolas keine neue militärische Hilfe mehr. Das sind die Tatsachen. Tatsachen sind überzeugender als wortreiche Verdrehungen. Die Gerüchte und Schmähungen, mit denen die Sowjetunion China attakkiert, können nicht im geringsten den wahren Sachverhalt verdecken, vielmehr hat sich die Sowjetunion damit selbst demaskiert. Der von der Sowjetunion in Angola geschürte Bürgerkrieg ist etwas Schlechtes, aber zugleich auch etwas Gutes. Etwas Gutes, weil ein Schulungsmaterial aus negativem Beispiel. Jede revolutionäre Bewegung geht unvermeidlich einen windungsreichen Weg. Wir sind davon überzeugt, daß sich das Volk Angolas nach Mißerfolgen und Umwegen zusammenschließen wird, und, ausharrend im Kampf, die Machenschaften der Supermächte, besonders des Sozialimperialismus, durchkreuzen und seine Unabhängigkeit und Befreiung endgültig erkämpfen wird. Die zeitweiligen Schwierigkeiten und Opfer werden nicht nur sein politisches Bewußtsein bedeutend erhöhen, sondern auch eine tiefgreifende Lehre für die Befreiungsbewegungen der unterdrückten Nationen der ganzen Welt sein."*



Angolanische Befreiungskämpfer

Zu Schmidts China-Reise

Kampf den Supermächten oder "Politik des Gleichgewichts"

Durch die China-Reise von Kanzler Schmidt ist noch mehr das Augenmerk vieler Menschen auf die Volksrepublik China gerichtet worden. Presse, Fernsehen und Rundfunk konnten nicht umhin, aus den Reden führender chinesischer Genossen sowie aus Artikeln chinesischer Zeitungen zu zitieren. Dabei ist vielen Menschen klar geworden, daß die Volksrepublik China konsequent an der Spitze der Völker der Welt im Kampf gegen die beiden um Weltherrschaft rivalisierenden Supermächte steht und sie vor allem gegen die aggressivere Supermacht, den russischen Sozialimperialismus, immer fester zusammenschließt.

Sahen die bürgerlichen Massenmedien in unserem Land sich gezwungen, im Zusammenhang mit dem Schmidt-Besuch in China davon zu berichten, so ließ ein großer Teil der Presse nichts unversucht, um zugleich diesen gerechten Standpunkt gegen die beiden Supermächte zu diffamieren und zu betonen, daß Schmidt und die Regierung sich nicht auf diesen Standpunkt einlassen dürften. In den meisten bürgerlichen Kommentaren hieß es zur Reise von Kanzler Schmidt nach China: Man könne das große China in der Politik zwar nicht umgehen, aber keinesfalls dürfe man Moskau dadurch vergraulen. Wirtschaftliche Beziehungen zu China – ja, aber Hände weg von Äußerungen gegen den russischen Sozialimperialismus. Und demagogisch hieß es in den Kommentaren oft noch: Man dürfe sich in den Streit zwischen Moskau und China nicht hineinziehen lassen. Schließlich sei Moskau näher als China.

So soll der Kampf der Völker der Welt gegen die beiden Supermächte und insbesondere gegen die noch gefährlichere von beiden, gegen den russischen Sozialimperialismus, zu einem „Streit zwischen China und Moskau" herabgespielt werden, in der Hoffnung, damit die Feststellungen über die Gefährlichkeit des russischen Sozialimperialismus zu diffamieren, zu einem Gezänk abzustempeln, das mit Tatsachen nicht zu tun habe. Tatsächlich läuft dies lediglich auf das eine hinaus, den russischen Sozialimperialismus, seine aggressiven Ambitionen, seine Rüstung und Kriegsvorbereitungen zu decken.

Moskau ist nahe, sagen die westdeutschen Imperialisten, da müsse man sich an „Entspannung" halten. Aber hat Schmidt auch nur eine Tatsache vorbringen können, die den angeblichen Willen zur „Entspannung" in Moskau dokumentiert? Nein. Er wich aus und setzte als Alternative zum Kampf gegen die beiden Supermächte eine angebliche „Politik des Gleichgewichts" zwischen beiden Supermächten.

Worin aber besteht diese „Politik des Gleichgewichts"? Sie bedeutet lediglich, daß die westdeutschen Imperialisten, nachdem sie infolge ihrer Niederlage im Zweiten Weltkrieg den westlichen Teil der deutschen Nationa an den US-Imperialismus verkauft haben, jetzt auch mit der anderen Supermacht anbändeln, die heute gewaltsam den anderen Teil unserer Nation besetzt hält. Die nationalen Interessen unseres Volkes an die eine wie die andere Supermacht zu verschleudern, zugunsten der eigenen imperialistischen Interessen, das ist in Wahrheit die „Politik des Gleichgewichts" der westdeutschen Regierung. Eine Politik, die in Wahrheit nicht der „Sicherheit" oder „Entspannung" dient, sondern die beide Supermächte in ihrem Kampf um Weltherrschaft, um die Vorherrschaft in Westeuropa begünstigt.

Da war es natürlich Schmidt und den westdeutschen Imperialisten unangenehm zu hören, daß die chinesischen Genossen für die Einheit der deutschen Nation eintreten, die das deutsche Volk wünscht und für die es kämpft. Sogar einige bürgerliche Zeitungen stellten fest, daß im Gegensatz zur Regierung in Bonn die Volksrepublik China die Einheit des deutschen Volkes verteidigt. „Bild am Sonntag"-Kommentator Boenisch schrieb z. B.: „Die Chinesen sind bessere Deutsche als die Deutschen." Was die westdeutschen Imperialisten anbelangt, stimmt das gewiß. **Denn entgegen den westdeutschen Imperialisten ist das chinesische Volk in seiner Freundschaft mit dem deutschen Volk auch stets für die nationalen Interessen des deutschen Volkes eingetreten und gegen seine Feinde. Sei es gegen die Hitlerfaschisten, sei es gegen den US-Imperialismus, der die deutschen Nation spaltete, sei es gegen den russischen Sozialimperialismus, der die DDR gewaltsam besetzt hält und auch den anderen Teil Deutschlands bedroht. Sei es gegen die westdeutschen Monopolherren, die diese nationalen Interessen des deutschen Volkes in Washington oder Moskau feilboten.**

Daß angesichts dieser Unterstützung durch die Volksrepublik China die Sozialimperialisten in Moskau, sowie ihre Agenten, die SED und D„K"P, aufheulen ist klar: sie sehen sich und ihre Absichten entblößt, ihren Friedensschwindel aufgedeckt. Die D„K"P-Zeitung „UZ" hetzte bereits vor Beginn der Schmidt-Reise: Dieser Besuch verstoße gegen die Prinzipien der „Sicherheitskonferenz" von Helsinki. Sie haben damit einmal mehr bloßgelegt, was diese Prinzipien beinhalten, nämlich daß all jenes zu unterlassen ist, was den Interessen der beiden Supermächte und vor allem der russischen Supermacht zuwiderläuft. Was ist das denn für eine „Entspannung", was für eine „Sicherheit" der Unabhängigkeit, wenn eine Regierung ihre Staatsbesuche nach dem Kreml richten soll? **Die Neue Zürcher Zeitung" berichtete sogar: „Was übrigens die Bedenken Moskaus anbelangt, so hat Bundeskanzler Schmidt die Reise nach Peking schriftlich und mündlich mit Generalsekretär Breschnew im voraus erörtert und ihm versichert, daß kein Kurswechsel geplant sei." Was zeigt besser als dies, daß das Gerede von „Entspannung", von einer „Politik des Gleichgewichts" usw. leeres Gerede ist, hinter dem sich die hegemonistische Politik des Drucks der beiden Supermächte verbirgt, deren Ambitionen darauf gerichtet sind, Deutschland und Europa sich ganz zu unterjochen.**

Die Politik der westdeutschen Imperialisten, unter dem Deckmantel von „Entspannung und Sicherheit" Zugeständnis für Zugeständnis an die beiden Supermächte zu machen, in der Hoffnung, dabei die eigenen imperialistischen Interessen am besten wahrnehmen zu können, richtet sich gegen die Interessen unseres Volkes, gegen seinen Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit der Nation. Und diese Politik richtet sich ebenso gegen die Interessen der anderen Völker der Welt, die im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte stehen. Das deutsche Volk in Westdeutschland wie in der DDR muß Seite an Seite mit den Völkern der Welt, auf seine eigene Kraft im Kampf gegen die beiden Supermächte vertrauen. Denn das Volk mit der Arbeiterklasse an der Spitze ist in diesem Kampf die entscheidende Kraft, und es wird nur im Kampf auch gegen die Monopolbourgeoisie im eigenen Land den Kampf für eine vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland siegreich führen können. Die Unterstützung des chinesischen Volkes ist dabei gewiß.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Tansam-Eisenbahn vorfristig eröffnet

Eine Eisenbahn der Freundschaft

Am 23. Oktober ist in Kapiri Mposhi, in der Zentralprovinz von Sambia gelegen, die „Eisenbahn der Freiheit", die Tansam-Eisenbahn, offiziell eröffnet worden. Über 1 860 Kilometer, durch Sümpfe, über Berge und durch die Steppe verbindet jetzt ein Schienenstrang Kapiri Mposhi mit dem tansanischen Hafen Dar Es Salaam am Indischen Ozean. Für die jungen Nationen Sambia und Tansania ist die Vollendung dieser Eisenbahn ein großer Sieg in ihrem Kampf für die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit gegen Kolonialismus, Imperialismus und vor allem die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion.

Bis jetzt nämlich mußten die Kupfererze aus Sambia, die sein Hauptexportgut sind, noch zum Teil mit der Eisenbahn durch Nordrhodesien transportiert werden. Nicht nur, daß dadurch das rassistische Smith-Regime große Gewinne einstreichen konnte, es benutzte die Eisenbahn auch als Mittel der politischen und wirtschaftlichen Erpressung. Die neue Eisenbahnlinie hat damit Schluß gemacht. Mit ihrem Bau haben die Völker von Sambia und Tansania gezeigt, daß sie, allen imperialistischen Prophezeiungen zum Trotz, fähig sind, ein so gewaltiges Projekt siegreich zu beenden.

Die Tansam-Eisenbahn wurde mit der brüderlichen Hilfe und Unterstützung der VR China gebaut. 1970 wurde mit dem Bau begonnen. Damals schrieben westliche Zeitungen, daß es unmöglich sei, eine solche Bahn zu bauen. Einige meinten, vielleicht sei es zwar möglich, aber wenn, dann höchstens in zehn, zwölf Jahren und unter riesigen Kosten. Dem vorausgegangen war, daß die Weltbank, die amerikanischen Imperialisten und einige andere imperialistische Länder, Finanzierung und Hilfe für den Bau abgelehnt hatten, angeblich, weil er „unrentabel" sein würde. „Niemand", so schrieb die FAZ noch 1971, „wollte Milliardensummen in ein ideologisches Prestigeobjekt investieren".

Selbstverständlich haben die Imperialisten ihre Hilfe auch deshalb abgelehnt, weil der Export des sambischen Kupfers, nach dem sie gieren, durch rhodesisches und angolanisches (Angola war damals noch portugiesische Kolonie) Gebiet, ihnen die besten Möglichkeiten gab, Sambia politisch und wirtschaftlich zu erpressen.

In dieser Situation gab die VR China ihre brüderliche internationalistische Hilfe. Sie gab Tansania und Sambia einen zinslosen Kredit in der Höhe von 1,8 Milliarden DM mit einer Lautzeit über 30 Jahre und rückzahlbar ab 1983. Gleichzeitig schickten die chinesischen Genossen eine Reihe von Technikern und Ingenieuren, die Schulter an Schulter mit den Werktätigen aus Sambia und Tansania die Eisenbahn erbauten. Die Hilfe der VR China war an keinerlei Bedingungen gebunden. Anders als die beiden Supermächte, die USA-Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten, benutzte die VR China die Hilfe nicht, um Tansania und Sambia zu beherrschen und auszuplündern, sondern im Gegenteil, um ihren Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit zu unterstützen. Dies sind die Prinzipien, nach denen die VR China ihre Hilfe gibt: *„Wenn China den befreundeten Ländern hilft, gebt es von deren aktuellen Bedingungen aus und davon daß die Länder, gestützt auf die Kraft und Weisheit ihrer Völker, durch die Ausnutzung ihrer eigenen Ressourcen Schritt für Schritt Landwirtschaft, Leicht- und Schwerindustrie nach den Bedürfnissen ihrer Völker entwickeln und sich so nach und nach von der wirtschaftlichen Abhängigkeit von anderen Ländern befreien können."*

Die Techniker und Ingenieure aus der VR China lebten in Tansania und Sambia nicht wie die Made im Speck, so wie es die revisionistischen und imperialistischen „Entwicklungshelfer" zu tun pflegen. Sie arbeiteten mit den afrikanischen Werktätigen Schulter an Schulter. **Den gemeinsamen Anstrengungen gelang es so, die Eisenbahn um ein Jahr früher fertigzustellen, als geplant war.**



Kämpferische Einheit: Afrikanische Arbeiter und Techniker aus der VR China verschrauben gemeinsam Eisenbahnschienen.

EIN FESTTAG IN KAPIRI MPOSHI

Über 500 Menschen hatten sich am 23. Oktober auf dem neuen Bahnhof versammelt, um die feierliche Eröffnung der Eisenbahn mitzuerleben. Als Ehrengäste waren anwesend: Präsident Kaunda aus Sambia, Vizepräsident Kawawa aus Tansania, der Botschafter der VR China in Tansania, Genosse Li Yao-wen und viele andere. Mit Gesängen und Tänzen feierten die Menschen aus Sambia in ihren farbenprächtigen Landestrachten das freudige Ereignis. Über dem neuen Bahnhof flatterten die Nationalflaggen von Tansania, Sambia und der VR China im



Wind. Am Bahnhofsgebäude selbst waren große Porträts der Präsidenten Kaunda aus Sambia und Nyerere aus Tansania und des Vorsitzenden Mao Tsetung angebracht. Die Feier begann mit dem Spielen der Nationalhymnen der drei Länder. Anschließend hielten Präsident Kaunda, Vizepräsident Kawawa und Botschafter Li Yao-wen Reden.

PRÄSIDENT KAUNDA SAGTE

„Jetzt, hier vor uns ist ein Traum wahr geworden. (...) Die westlichen Massenmedien behandelten die Tansam-Eisenbahn spöttisch als bloßes Luftschloß. Jetzt ist die Eisenbahn da. Wir zollen den kämpferischen Arbeitern aus Tansania, China und Sambia unseren Respekt, daß sie den Bau der Eisenbahn vorfristig abgeschlossen haben. Diese Errungenschaft ist das Ergebnis wirklich harter Arbeit, des Schweißes und der Mühen der vereinten Arbeiterteams. Die Hilfe Chinas unter dem großen Führer Vorsitzenden Mao ist unglaublich groß gewesen. Dies ist eine afrikanische Eisenbahn. Sie verbindet zwei unabhängige afrikanische Nationen, die der Sache der afrikanischen Einheit und Freiheit ergeben sind."

VIZEPRÄSIDENT KAWAWA SAGTE

„Dieses Projekt ist eine Demonstration dafür, wie die drei Entwicklungsländer zusammenarbeiten können und gemeinsam die wirtschaftlichen und technischen Probleme überwinden können, von denen gesagt wurde, daß sie nur mit unvorstellbaren Aufwendungen zu überwinden wären."

BOTSCHAFTER LI YAO-WEN SAGTE

„Diese Errungenschaft der Völker von Sambia und Tansania hat ihren Kampfgeist bedeutend erhöht, während sie die Überheblichkeit der Feinde zum Einsturz brachte. Das ist der vollständige Bankrott der imperialistischen Voraussagen. Die Tatsachen haben bewiesen, daß die afrikanischen Völker vollständig imstande sind, ihre Länder unabhängig aufzubauen, dadurch, daß sie, frei von imperialistischer Versklavung und Oberherrschaft, die Initiative in ihre eigenen Hände nehmen." Er betonte, daß der erfolgreiche Bau der Tansam-Eisenbahn „hauptsächlich deswegen zustandekommen konnte, weil die Präsidenten von Sambia und Tansania ihre beständige herzliche Fürsorge und Ermutigung gegeben haben, weil die beiden Regierungen ebenso wie die lokalen Führer auf verschiedenen Ebenen allseitig zusammengearbeitet und praktische Hilfe geleistet haben, weil die sambischen und tansanischen Arbeiter und Angestellten der Eisenbahn fleißig, tapfer und ausdauernd gekämpft haben, weil die sambischen und tansanischen Freunde auf der einen Seite und die chinesischen Ingenieure und Techniker auf der anderen Seite eng zusammengearbeitet haben und schließlich, weil die breiten Volksmassen entlang der Eisenbahn den Bau enthusiastisch unterstützt haben." „Was die chinesischen Techniker und Ingenieure beim Bau der Eisenbahn getan haben, ist nur das, was ihre Pflicht war und ist die bindende internationalistische Verpflichtung des chinesischen Volkes."

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Interview mit chinesischen Helfern

Auf einer Afrika-Reise hatten Sympathisanten unserer Partei u. a. Gelegenheit, ein chinesisches Entwicklungshilfeprojekt (Reisanbau) in Basse-Santa Su, im östlichen Teil des im Jahre 1965 unabhängig gewordenen westafrikanischen Staates Gambia gelegen, zu besuchen.

Dieses Projekt ist von der VR China finanziert worden, die außerdem ca. 30 Techniker und Ingenieure in das Gebiet entsandte. Wie sich die Genossen an Ort und Stelle informieren konnten, waren die Einwohner von Basse-Santa Su voll des Lobes über die Hilfsbereitschaft und Bescheidenheit der chinesischen Techniker. Ganz das Gegenteil von jenen revisionistischen „Entwicklungshelfern", die, wo immer sie auch auftreten, in das Mäntelchen der „brüderlichen Hilfe" schlüpfen, ansonsten aber, wie die Genossen z.B. in Bamako, der Hauptstadt der Republik Mali, selbst sehen konnten, ein Leben in Plüsch und Komfort in den besten Hotels der Stadt führen. Laut Aussagen von Malinesen, die mit ihnen zu tun haben, glänzen die revisionistischen „Entwicklungshelfer" durch Arroganz. Kontakte zur Bevölkerung bestehen nicht.

Das nachfolgende Gespräch, von dem wir hier einige Auszüge abdrucken, führten die Genossen mit den chinesischen Technikern im Haus des landwirtschaftlichen und technischen Teams der VR China in Basse-Santa Su.

Frage: Genossen, könnt Ihr uns etwas die Vorgeschichte dieses Projekts sagen? Wie lange seid Ihr hier tätig?

Antwort: Wir haben unsere Arbeit hier vor relativ kurzer Zeit begonnen. Wie Ihr vielleicht wißt, hat die gambische Regierung zwei Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit Gambias, also im Jahre 1967, diplomatische Beziehungen mit der Tschiang-Kai-schek-Clique aufgenommen, die bis Ende letzten Jahres aufrechterhalten worden sind. Im Herbst 1974 anerkannte Gambia vorbehaltlos die Tatsache, daß es nur ein China, nämlich die VR China gibt, und brach daraufhin folgerichtig sämtliche Beziehungen zu Taipeh ab. Seit der Zeit arbeiten wir hier in Basse.

Frage: Gab es irgendeine Finanzhilfe der VR China an die Regierung Gambias? Wenn ja, in welcher Höhe?

Antwort: Unsere Regierung hat der gambischen Regierung bislang einen langfristigen, zinslosen Kredit in Höhe von 30 Millionen Renminbi (etwa 40 Mio. DM – RM) gewährt.

Frage: Könnt Ihr uns etwas über Eure Arbeit erzählen? Welche Aufgaben nehmt Ihr wahr?

Antwort: Unsere Aufgaben konzentrieren sich auf folgende Schwerpunkte: Ausbau und Verbesserung des Bewässerungssystems, Errichtung von Pumpstationen, Wartung des Maschinenparks sowie Versuche zur Steigerung der Qualität des Saatgutes. Unsere Genossen stützen sich dabei auf die Erfahrungen, die sie zuhause im Kampf um die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion gewonnen haben. Obgleich wir in der Hauptseite lediglich eine Unterweisungsfunktion ausüben, arbeiten wir dennoch mit unseren gambischen Kollegen in der Produktion zusammen. Unser gemeinsames Ziel ist es, die Reiseroten zu erhöhen und Ertragssteigerungen pro Hektar zu verwirklichen. Trotzdem wir noch nicht lange hier sind, zeichnet sich schon jetzt ab, daß unsere gemeinsame Arbeit erfolgreich sein wird.

Frage: Wie lange werder Ihr voraussichtlich hier bleiben?

Antwort: Das ist eine Frage, über die wir keinerlei Entscheidungsbefugnis haben. Wir werden solange hier bleiben, wie es die Regierung Gambias wünscht.

Freiheit für die Sahara

Hunderttausende Marokkaner haben am 7. November die Grenze ihres Landes überschritten und sind in die spanische Saharakolonie eingefallen. Die angebliche „Befreiung", wie sie von König Hassan genannt wurde, war in Wirklichkeit eine Invasion, um die Gebiete von Sanguait el Hamra und Rio de Oro (SARIO) für Marokko zu annektieren.

Dadurch ist eine gefährliche Lage entstanden. Denn im Hintergrund versuchen die zwei Supermächte USA und Sowjetunion die Lage für sich auszunutzen.

Ein Friedensmarsch, hat Hassan behauptet. Tatsache aber ist, daß die Spitze dieser „friedlichen Menge" in Wirklichkeit aus Soldaten der marokkanischen Armee besteht.

SARIO gehört zu Marokko, behauptet Hassan, das Volk der Saharauis will es so. Auf nichts anderes kann Hassan diese Behauptung stützen, als auf einen einzigen zu ihm übergelaufenen Verräter. Ein gewisser Khatri, der bisher den spanischen Faschisten diente, als Saharaui in der Madrider Cortes „Sitz und Stimme" hatte. Dieser Mann also flog, nachdem er noch die letzten Sitzungsgelder der Cortes kassiert hatte, nach Labat, um Hassan seine Unterwürfigkeit zu bezeugen und ihm seine Aufwartung zu machen. Das ist die „Stimme des Volkes . . ."

Das Volk von SARIO dagegen will die spanische Kolonialherrschaft nicht mit der marokkanischen vertauschen. Es lehnt auch alle Komplotte, wie z. B. das Land zu teilen, ab. Das Volk von SARIO will niemandem untertan, es will frei und unabhängig sein. Unter der Führung der FPOLISARIO hat es dafür seit langem den bewaffneten Kampf gegen die spanischen Kolonialherren geführt und es wird diesen Kampf auch gegen die marokkanischen Aggressoren fortsetzen.

Schon jetzt haben Kommandos der FPOLISARIO bewaffnete Banden, die von Marokko aus über die Grenze dringen, angegriffen und unschädlich gemacht. In den ersten Novembertagen töteten sie 50 Eindringlinge und verwundeten 40. Zur Zeit kämpfen Befreiungsstreitkräfte der FPOLISARIO ca. 50 km von der marokkanischen Grenze entfernt gegen marokkanische Truppeneinheiten.

Das Volk von SARIO und die FPOLIsario sind entschlossen, ihren Befreiungskampf bis zum siegreichen Ende zu führen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Keine Spur von Liberalisierung

Neue Verhaftungen in Spanien

Das faschistische Regime in Spanien versucht durch eine Welle von neuen Verhaftungen die von der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und der FRAP geführte anschwellende revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. Allein offiziellen Angaben zufolge wurden in den letzten Wochen über 300 Mitglieder der KPSp/ML, der FRAP und der ETA verhaftet, gefoltert und eingekerkert.

Die Mutter und die Schwester des von den Faschisten ermordeten baskischen Revolutionärs Juan Paredes Manot wurden überfallen und mißhandelt. In San Sebastian und in der Region um Guernica wurden, Pressemeldungen zufolge, Ende Oktober insgesamt 27 Angehörige der ETA verhaftet. In Barcelona und Bilbao wurden 19 Revolutionäre verhaftet, weil sie Mitglieder der FRAP sein sollen. In der Provinz Galicien, so wird am 5. November gemeldet, wurden 28 Revolutionäre festgenommen, weil sie führende Mitglieder der KPSp/ML und der FRAP sein sollen. Die spanischen Revolutionäre können aber durch diesen Terror nicht eingeschüchtert werden. Der Kampf geht weiter bis zum Sieg, der föderativen Volksrepublik. In Frankreich fand am 1. November eine Demonstration von 25000 Menschen an der spanischen Grenze statt. Zur Unterstützung der FRAP beteiligte sich daran auch eine Delegation der KPD/ML.

Das nebenstehende Gedicht schickte uns ein Genosse aus Bochum:



Es lebe der Volkskrieg, Mittel zur Befreiung der unterdrückten Völker!

Spanischer Tintenfisch

Neulich geh' ich durch's Kaufhaus, schlender zwischen
Regalen, Kühltruhen, Auslagetischen,
ich streife dies und jenes mit dem Blick,
auch greif' ich manches, betracht' es, leg's zurück; –
und nehm' von einem Auslagetisch
arglos eine Konservendose –
da les' ich die Aufschrift: 'SPANISCHER TINTENFISCH
IN AMERIKANISCHER SAUCE"!

„Spanischer Tintenfisch . . ." – denk' ich verwundert –:
was die nicht alles ins Kaufhaus bringen! –
– Und ich denk' an die Arme –
sind's zehn? sind's hundert? –
die Tintenfischarme zum Würgen zum Schlingen –

– und ich seh' einen Tintenfisch im Geist –
überdimensional!
Sein Rumpf trägt Gesichtszüge, faltig, vergreist –
die Züge von Franco, dem General!
(Auch prunkt auf dem Rumpf eine Warze mit Krone –
das ist Juan Carlos – Hanswurst und Bourbone!)

– Und der Tintenfisch würgt mit Armen viel:
mit Garotte und Strick und Guardia Civil,
mit Folter, Exil und Kerkerhaft
(und er schont nicht Kind noch schwangeres Weib):
er saugt den Schweiß, die Arbeitskraft,
saugt, was das Volk mühselig schafft
aus Spaniens blutendem Leib! . . .

Entsetzt überleg' ich: „Die Tintenfischdose
enthält ja auch noch – ‚amerikanische Sauce' "!

– Dollarkredite, Waffen, Soldaten –
das ist die Sauce der Vereinigten Staaten!
Und ich seh' den faschistischen Tintenfisch
sich in der Sauce baden! –
So bleibt er frisch!
So wird er konserviert!
So wird er aufpoliert und ausstaffiert
zu blutigem Glanz und Siegerpose!
Er wäre auch schon längst krepiert
ohne die amerikanische Sauce! . . .

Pfui-Teufel! – Ami-Sauce, Tintenfisch! –
Ich schüttel mich! – Entsetzliches Gemisch!
Und so – geschüttelt, angewidert – werfe
ich einen letzten Blick auf die Konserve,
betrachte die Aufschrift nochmal, begucke
flüchtig auch das Kleingedruckte –

und da! – mein Aufregung gibt sich! –
ich lese: „HALTBAR BIS EINSCHLIESSLICH 1978..!

Nein denk ich, nein! – Das gibt's nicht!
Das bleibt nicht mehr so lange frisch!
Der Franco-Faschismus kommt vom Tisch
lang' vor '78!

Und da nutzt ihm auch seine Sauce,
die amerikan'sche nichts mehr –:
Sie wird ihm umgestoßen!
Sie fliegt ihm hinterher!
Hinunter von den hohen Klippen
wird man sie kippen
ins Meer,
ins atlantische Meer!

. . . Die Dose mit dem Tintenfisch
stell' ich zurück auf den Auslagetisch . . .
Ich denk an Spanien: Das ist aufgestanden!
Das spanische Volk wirft die Peiniger ab!
Ni Yankee! Ni Franco! Ni Rei! –
es schlägt sie zuschanden,
denn es führt seinen Kampf unter Führung der FRAP!
Und es führt ihn bewaffnet, es steht im Krieg,
und es führt seinen Volkskrieg bis zum Sieg,
bis zur föderativen Volksrepublik!

(Anmerkung: Die im Gedicht zitierte Konservendose gibt es tatsächlich. Ihre komplette Aufschrift ist: „ICARO – Spanischer Tintenfisch in amerikanischer Sauce, mit Oel", hergestellt wird sie von der Firma Conservas Cerqueira in Vigo (Spanien) und importiert von Hans Georg Möller, Hamburg.).

Mieterkampf Karlsruhe

Keinen Pfennig mehr als bisher!

Im Karlsruher Stadtteil Oberreut-Feldlage kämpfen die Mieter der „Volkswohnung", die zu 51% im Besitz der Stadt ist, gegen die unverschämten Mieterhöhungen. Ab dem 1. November will die „Volkswohnung" bis zu 33% mehr aus den Mietern herausholen als bisher. Betroffen sind davon 375 Familien.

Die Mieter haben sofort nach Bekanntwerden der Mieterhöhungen eine Mieterinitiative gebildet und bis jetzt zwei Protestversammlungen abgehalten. Die 320 Mitglieder der Mieterinitiative sind fest entschlossen, die Mieterhöhungen nicht kampflos hinzunehmen. Die Genossen der Partei und der ROTEN GARDE in Karlsruhe unterstützen den Kampf der Oberreuter mit aller Kraft. Auf der 2. Protestversammlung am 22. Oktober hielt ein Genosse eine Rede, die mit viel Beifall aufgenommen wurde. Diese Rede war vorher von den Sprechern der Mieterinitiative und der übergroßen Mehrheit der anwesenden Oberreuter gegen den Widerstand einiger Revisionisten und Reaktionäre durchgesetzt worden. Nach der Protestversammlung verteilten die Genossen ein Flugblatt, in dem es u. a. heißt:

„Falk, der Sprecher der „Volkswohnung" hatte sich diesmal hergetraut. Für ihn ist die 33%-Mieterhöhung sogar noch eine große Gnade der Volkswohnung. Er sagte: ‚Die Möglichkeiten für eine Mieterhöhung wurden von uns nicht voll ausgeschöpft.' Und zugleich kündigte er die nächste Mieterhöhung für den 1. April 1976 an. Nach dem 1. 11. 75 sollen die Feldlage-Bewohner für eine 4-Zimmer-Wohnung über 500 DM zahlen. Und am 1. April wieder mehr.

NIEMALS! – Das war die Antwort der Oberreuter.

Da kam die SPD. Die SPD-Aufsichtsratsmitglieder der Volkswohnung hatten geschlossen für die Mieterhöhung gestimmt (über die Höhe ihrer Aufsichtsratsbezüge geben sie keine Auskunft – sie sind geheim). Und da geht Meinhard (SPD) her und spricht sich im Namen der SPD gegen eine ‚krasse Erhöhung' aus. Das sind doch Doppelzüngler, die hier so reden und dort so. Ihr Ziel ist: Die Empörung abwiegeln, die Wogen glätten, damit die Volkswohnung ungestört ihre Pläne durchführen kann. Das ist SPD-Politik. Entsprechend auch sein Vorschlag: Erstmal 10-12% – abwarten – 10-12% usw. usf. Das ist die Politik der kleinen Schritte, 10 kleine Mieterhöhungen ergeben aber drei große.

Nur am Rande: Die CDU verteidigte die Mieterhöhung und gestand damit wenigstens offen ihre Volksfeindlichkeit ein.

Gegen diese Herren stand die Front der Oberreuter. Herr Eschbaumer: ‚Wir zahlen keinen Pfennig mehr als bisher. Wer bereit ist, nur die alte Miete zu überweisen, der hebe die Hand!' Unter starkem Beifall flog die überwältigende Mehrheit der Hände hoch. ‚KEINEN PFENNIG MEHR ALS BISHER!'

Die Diskussion: 15-20 Oberreuter standen auf und klagten die Volkswohnung an: ‚Sie verlangen Instandhaltungskosten und halten nichts instand. Sie verlangen Schneeräumungskosten und wir räumen den Schnee selber weg.' "

Die modernen Revisionisten der D„K"P, die einen ihrer Spitzenvertreter, Rebholz, in das Komitee geschickt haben, hetzten dort wütend gegen die Partei, um die Oberreuter auf den Weg der Klassenversöhnung und in die Niederlage zu führen. Rebholz ging sogar soweit, wütend herumzuschreien, die Genossen als „Lumpenmenschen" zu beschimpfen und ihnen mit gewaltsamer Vertreibung zu drohen. Mit seinem Gebrüll hatte er allerdings keinen Erfolg. Ein Sprecher der Mieterinitiative erklärte z. B. gegenüber Genossen: „Keine Angst, bei uns kommen die nicht hoch."

Die Oberreuter sind entschlossen, ihren Kampf bis zum Sieg weiterzuführen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorpame. ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift....................

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 46/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 43, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

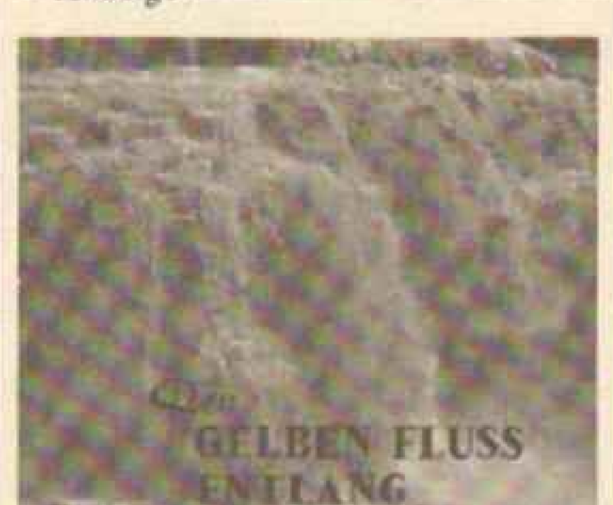
Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Veranstaltung der Roten Garde

GÖTTINGEN
Samstag 22. November 18:30 „Berliner Hof", Weender Landstr. 41, Dia-Vortrag über Albanien.

– Anzeige –

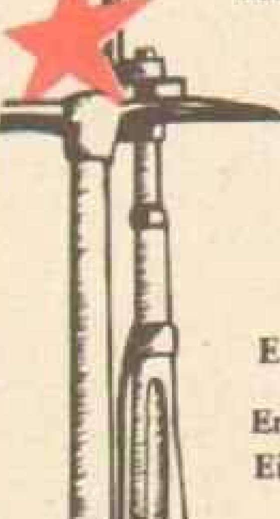


Bildband 140 Seiten 14,00 DM
Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

– Anzeige –

ROTFRONT-VERLAG KIEL

RADIO TIRANA
Ausgewählte Sendungen



Nr. 14
SOEBEN ERSCHIENEN

Erscheint 14tägig.
Einzelheft: 2 DM.

Vierteljahresabonnement: 12 DM.

Zu bestellen bei:
ROTFRONT-VERLAG
23 Kiel 1, Postfach 3746

Den Betrag für das Vierteljahresabonnement bitte auf das Bankkonto bei der Kieler Spar- und Leihkasse Nr. 850 060 überweisen.